

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“ erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnements 4 Mk. Einzelne Nr. 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illust. Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreislifte für 1885 unter Nr. 746.)

Insertionsgebühr
beträgt für die 3 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Bentzstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Abonnements - Einladung.

Mit dem 1. Dezember eröffnen wir ein neues Abonnement auf das

„Berliner Volksblatt“

mit der Gratisbeilage

„Illustriertes Sonntagsblatt.“

Der Abonnementspreis des

„Berliner Volksblatt“

mit der wöchentlichen Gratisbeilage

„Illustriertes Sonntagsblatt“

beträgt für Berlin pro Monat 1 Mark 35 Pf., pro Woche 85 Pf.

Bestellungen werden von sämtlichen Zeitungsbedruckern, sowie von der Expedition unseres Blattes, Zimmerstr. 44, entgegen genommen.

Für außerhalb nehmen alle Postanstalten Abonnements für den Monat Dezember gegen Zahlung von 1 Mk. 34 Pf. an.

Die Redaktion und Expedition des „Berliner Volksblatt“.

Spanisches.

Während der offizielle Telegraph noch bis zum letzten Moment die Welt über den Gesundheitszustand des jugendlichen Königs von Spanien zu täuschen bemüht war, brachten private Depeschen die Kunde von seinem Tode. Die Krisis, deren Ausbruch man bisher mit Mühe hingezögert hatte, steht nun mit einem Male groß und drohend da. Die Parteien rüsten sich, um die Regierung zu kämpfen, und es ist nicht ausgeschlossen, ja sogar in hohem Grade wahrscheinlich, daß Spanien wiederum der Zummelplatz für blutige Parteikämpfe werden wird.

Seit der großen Erhebung gegen Napoleon I. und seit der Proklamation der berühmten Verfassung der Cortes von 1812 ist Spanien von einer solchen Menge von blutigen Parteikämpfen heimgesucht worden, wie kein anderes Land Europa's, ganz abgesehen von den Kämpfen in Afrika und Amerika. Der Sieg der konstitutionellen Partei vor zwanziger Jahre veranlaßte sogar eine bewaffnete Intervention Frankreichs, um im Auftrag der europäischen Allianz die konstitutionellen niederzuwerfen. Dann folgten sich in langer Reihe die Erhebungen einzelner Chefs der konstitutionellen Partei, die Einbrüche der stichtigen Häupter dieser Partei über die Grenze, und endlich kam der furchtbare Karlistenkrieg der dreißiger Jahre, durch den fast ganz Spanien mit Feuer und Schwert verheert wurde. Darauf folgte die

Regierung des liberalen Staatsmannes Espartero, der wieder durch einen allgemeinen Aufstand vertrieben wurde. Auch unter der Königin Isabella II. fehlte es nicht an Aufständen und 1868 wurde die Mutter des jüngst verstorbenen Königs vertrieben von demselben Serrano, der später dem jungen Alfonso zum Throne verhalf. Bald brachen die wildesten Parteikämpfe aus und der in zwischen gewählte König Amadeus, von den neu sich erhebenden Karlisten einerseits, von den Republikanern andererseits angegriffen, war außer Stande, sich zu behaupten. Er dankte ab und Spanien hatte seine erste Republik. Sie war sehr schwächlich und die Professoren à la Castelar und Figueras, die sie behüten sollten, waren keine Staatsmänner, wie sie jene kritische Situation erforderte. Während sie im Norden den Karlisten nicht niederzuwerfen vermochten, gerieten sie im Süden in Streit mit den Föderalisten der Provinzen und sahen sich so nach zwei Seiten hin engagirt. Der Staatsreich eines brutalen Soldaten, der seine Tapferkeit auf dem Schlachtfelde wohl noch beweisen muß, sich aber ungemein viel darauf zu Gute that, eine Deputirten-Versammlung auseinander gesprengt zu haben, machte der Republik ein Ende und Alfonso bestieg den Thron. Daß der Sohn der 1868 vertriebenen Isabella den Thron auch nach der Niederwerfung des Karlismus nicht besonders zu befestigen vermochte, lag ganz in der Natur der Dinge.

Die spanischen Parteiführer haben fast alle die letzten Parteikämpfe noch mitgemacht, viele von ihnen haben ihre politische Laufbahn schon vor dreißig oder vierzig Jahren begonnen und sonach an den erstaunlichen Umwälzungen dieses Landes, das schon alle Regierungsformen vom veraltetsten Absolutismus bis zur demokratischen Republik in diesem Jahrhundert gesehen hat, persönlich mitgewirkt. Sie alle werden die Gelegenheit zu ergreifen suchen, Personen, die ihre Anschauungen vertreten, in die Regierung zu bringen, und das wird von Seite aller Parteien, von den konservativen Monarchisten bis zu den demokratischen Sozialisten, geschehen.

Der Spanier scheint in der Politik den Föderalismus zu lieben, ein Umstand, der schon zu vielen blutigen Kämpfen geführt hat. Daher kommt es auch, daß die Zustände in Spanien schon so oft den Charakter einer völligen Anarchie angenommen haben. Wenn aber irgend etwas geeignet war, eine Krisis in Spanien heranzuführen zu lassen, so war es die Art und Weise, wie das Land in den letzten Jahren regiert worden ist. Die beiden „Staatsmänner“ Sagta und Canovas del Castillo wechselten mit einander in der Regierung ab, der erstere für den Liberalismus, der zweite für die Konservativen. Sagasta ist ein zweideutiger Charakter, der schon mehr als einmal

den politischen Ueberläufer gemacht hat; er verstand es, seiner reaktionären Politik einen Schein liberalen Anstrich zu geben. Dabei seufzte das Land unter seinen Lasten und ward mit einer Menge von reaktionären Institutionen beglückt. Herr Canovas ist eine offenere Natur; er gab sich als einen konservativen Standesmann der alten Schule und hielt jeden liberalen Anstrich für überflüssig. Gegen die Opposition wußte er kein anderes Mittel als brutale Gewalt. Sagasta und Canovas haben Spanien regiert, als ob eine wirtschaftliche, resp. soziale Frage gar nicht da wäre; für sie galt es einfach, den Besitz der Macht so dauernd als möglich zu machen, und da hatte man keine Zeit und auch keine Lust, auf die Klagen des Volkes zu hören, das sich in so mancher Provinz Spaniens in geradezu unbefreiblichem Elend befindet. Cholera, Erdbeben, Ueberschwemmungen haben in den letzten Jahren den öffentlichen Nothstand noch bedeutend vermehrt.

Wie die Dinge in Spanien liegen, haben die Republikaner und die Karlisten die meiste Aussicht, zur Herrschaft zu gelangen. Daß schon zahlreiche Pläne bestanden haben, die auf das Ableben des Königs sich gründeten, als dieser noch lebte, steht fest. Die Alfonsoisten sollen auch an einer Verschmelzung der Familie des Don Carlos mit der des verstorbenen Königs denken. Eine Partei möchte sogar Isabella II. als Regentin wieder einsetzen. Diese hat wohl die schlechtesten Aussichten.

Während im Osten eine große Krisis im Gange ist, bereitet sich im Westen eine solche vor. Es ist doch ein eigen Ding um den „europäischen Frieden“, der durch eine so kostspielige Bewaffnung aller Staaten aufrecht erhalten werden soll und, wie man sieht, dadurch doch nicht aufrecht zu erhalten ist.

Politische Uebersicht.

Die Maßregelungen von Arbeitern in Schlessen anläßlich der Landtagswahlen haben die Zentrumsparthei veranlaßt, durch den Abg. Kintelen im Reichstag den Antrag einbringen zu lassen, hinter § 109 des Strafgesetzbuches einen neuen Paragraphen folgenden Inhalts einzuschalten:

„Ein Arbeitgeber oder Angestellter eines Arbeitgebers, welcher einen als Arbeitnehmer im Lohn desselben stehenden Deutschen wegen Ausübung oder Nichtausübung öffentlicher Wahl- oder Stimmrechte in bestimmter Richtung aus der Arbeit entläßt oder im Arbeitsverdienst verläßt, oder mit solchen Maßregeln bedroht, wird mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bestraft.“

Die Maßregelungen, welche aus Anlaß der Wahlen gegen Arbeiter oder Angestellte verübt werden, verdienen in der That eine harte Beurtheilung und ein Lohnherr, welcher sich nicht scheut, einen braven Arbeiter seiner Bestimmung halber zu maß-

Er nickte seiner Tochter freundlich zu und ging hinaus.

Die ehemalige Wärterin atmete tief auf.

„Er kann und wird nichts erfahren,“ sagte sie leise, „wenn er auch noch so sehr sich bemühte; ich wählte nicht, wer ihm etwas verrathen sollte.“

„Und ist es wirklich ein so gefährliches Geheimniß?“ fragte Apollonia besorgt.

„Gefährlich für Diejenigen, die es betrifft.“

„Also auch für Dich?“

„Ja, auch für mich,“ nickte Frau Siebel, finster vor sich hinblickend. „Es giebt Unterlassungssünden, die erst in späteren Jahren sich rächen, ich hätte das bedenken sollen. Aber damals war ich arm wie Diob, und es gefiel mir nicht mehr, das Brod anderer Leute essen zu müssen, man bot mir eine Jahrespension, und ich verkaufte dafür mein Schweigen. Damals glaubte ich, es sei ein gutes Geschäft, heute gäbe ich viel darum, wenn ich es ungeschehen machen könnte.“

Apollonia schüttelte mit wachsender Besorgniß den Kopf.

„Und wenn nun plötzlich dieses Geheimniß enthüllt würde?“ sagte sie.

„Dann muß Werner mir rathen und helfen.“

„So vertraue Dich schon jetzt ihm an.“

„Rein, nein, mein Kind, nicht eher, bis es sein muß,“ sagte Frau Siebel hastig. „Sprich nicht mit ihm darüber, hörst Du? So lange er Dein Verlobter ist, darf er nichts erfahren, mit Deinem Gatten kann ich eher darüber reden.“

Die Wangen des Mädchens waren erbleicht, sie konnte ihrer Angst nicht gebieten, in den Worten der Mutter lag für sie nichts, was sie hätte beruhigen können.

„So vertraue mir,“ bat sie, „über meine Lippen soll keine Silbe kommen, das verspreche ich Dir. Ich kann dann mit Dir berathen.“

„Du kannst mir keinen Rath geben,“ unterbrach die Mutter sie, „und es ist besser für Dich, wenn Du nichts erfährst, es würde Dich nur noch mehr beunruhigen.“

„Ich hätte dann Gewißheit!“

sonst seine Behauptung nicht so bestimmt ausgesprochen haben.

„Und was hat er gesagt?“

„Dir verrathe ich es nicht. Die Geldquelle wird bald versiegt sein, dann magst Du zusehen, wie Du durch die Welt kommst, wenn Du nicht Deinem Kinde zur Last fallen willst. Klüger wäre es, wenn man vor der Katastrophe Rade zwänge, eine namhafte Summe herauszurücken, man muß sein Schäfchen ins Trockene zu bringen suchen, so lange es noch Zeit ist.“

Frau Siebel hielt den Blick, in dem eine fieberhafte Erwartung sich spiegelte, unverwandt auf ihn gefestigt; die Sicherheit, mit der er ihr das Ende voraus sagte, trat jedem aufsteigenden Zweifel erdrückend entgegen.

„Weshalb korrespondirte Rade mit dem Mörder des Doktor Wieland?“ fuhr Siebel fort. „Da muß doch auch eine bestimmte Ursache zu Grunde liegen.“

„Davon weiß ich nichts,“ erwiderte seine Frau, aber einem scharf beobachtenden Blick konnte es nicht entgehen, daß sie eine Lüge aussprach, „was kümmert das mich?“

„Sollte es Dich wirklich nicht kümmern? Sollte es in gar keiner Beziehung zu Deinem Geheimniß stehen?“

„Rein.“

Der Zimmermann schüttelte den Kopf und stand von seinem Sitze auf. „Du willst Deinen Weg allein gehen,“ sagte er, „siehe nun selbst zu, wie Du an's Ende kommst. Wenn Du mir vertrauen und auf meinen Rath hören wolltest, dann könntest Du —“

„Genug!“ fiel Frau Siebel ihm in's Wort, und ihre Stimme klang jetzt hart und scharf. „Du hast jetzt meine Antwort erhalten, und ich werde sie Dir immer wieder geben, so oft Du mich auch fragen magst. Willst Du Deinen Besuch wiederholen, so erlaube ich Dir, über diese Angelegenheit nicht mehr zu reden, mich regt es nur auf, und Du erreichst Deinen Zweck doch nicht.“

„Wir wollen sehen,“ erwiderte Siebel ruhig; „wenn später die Folgen Dir unangenehm sind, so erinnere Dich daran, daß Du ein Bündniß mit mir abgelehnt, meine Warnungen und meinen Rath zurückgewiesen hast.“

Feuilleton.

Die Hand der Nemesis.

Roman

von Ewald August König.

(Fortsetzung.)

„Meine Ehre würde es mir nicht erlauben, aus Deiner Hand einen Groschen von dem Gelde zu nehmen, für das Du die Ehre und die Achtung vor Dir selbst verkaufst hast.“

Die ehemalige Wärterin hatte sich, wie von einer Ratter gestochen, erhoben, zitternd vor Erregung stand sie vor ihrem Manne, der mit triumphirender Genugthuung die Wirkung seiner Worte beobachtete.

„Du willst mich in den Augen meines und Deines Kindes entehren,“ sagte sie empört, „das ist frevelhaft, wenn auch auf Dich allein die ganze Schmach zurückfällt! Apollonia kennt mich besser, sie weiß, daß auf meinem Leben kein Makel ruht, und Du weißt das auch, Du mußt es zugeben, wenn Du gerecht sein willst!“

„Ich sage Dir noch einmal, mein ganzes Vergehen besteht darin, daß ich geschwiegen habe, und für dieses Schweigen erhielt ich das Geld. Soll ich dieses Schweigen erheben, selbst jene Duelle mir verstopfen, die mir ein sorgenfreies Alter sichern? Das kann Niemand verlangen, und der Vater meines Kindes, so sehr er mich auch hassen mag, wäre der Letzte, der es verlangen dürfte.“

„Und was dann, wenn es mit Deinem guten Freunde ein Ende nimmt?“ fragte Siebel lachlos.

„Der Antiquar da unten will auch Alles wissen, und im Grunde genommen, weiß er gar nichts. Der Quisbestyher schuldet ihm Geld, vielleicht fürchtet er, es könne eine faule Forderung sein. Er mag sich beruhigen, die Generalin wird ihren Bruder nicht fallen lassen.“

„Der Antiquar muß seiner Sache sicher sein, er würde

regeln, in ein ehrlöcher Nicht. Leider wird es aber kaum möglich sein, auf Grund vorstehender Strafbestimmung solche erbärmliche Menschen zur Rechtschaffenheit zu ziehen. Die Arbeiter werden das am besten zu beurteilen vermögen. Es gibt leider zu viele Mittel, den widerstrebenden Arbeiter „los“ zu werden; entweder erhält er schlechtere Arbeit, oder es wird ihm erklärt, es sei keine mehr vorhanden, in allen Fällen aber wird der geliebte Lohnherr stets in der glücklichen Lage sein, einen anderen Grund anzugeben zu können für die Entlassung, als den richtigen, und er kann ja auch nicht einmal gezwungen werden, überhaupt einen Grund anzugeben. Schaden kann es aber auf keinen Fall, wenn der Antrag zur Annahme gelangt und die Vertreter des arbeitenden Volkes werden demselben sicher nicht nur zustimmen, sondern ihn noch zu verschärfen suchen. Auch dürfte schon die öffentliche Besprechung eines solchen unwürdigen Vorgehens gegen die Arbeiter geeignet sein, einen sanften Druck gegen derartige brutale Bestrebungen auszuüben. Allein, die Macht der Lohnherren wird dadurch nicht zu brechen sein und die Maßregelungen gegen Arbeiter oder abhängige Personen werden — wenn auch nicht immer in gleichem Maße — fortbauern, so lange das heutige Abhängigkeitsverhältnis besteht. Verstärkt könnte der Widerstand der Arbeiter gegen den ungerechtfertigten Druck werden durch Schulungsfreiheit. Vor allen Dingen muß Vereins- und Versammlungsfreiheit vorhanden sein, die Verbindungen der Arbeiter dürfen keinen gesetzlichen Beschränkungen unterliegen; das muß die erste Forderung für Alle sein, welche den wirtschaftlich Schwachen gegen den Stärken ernstlich schenken wollen. Daß dann weitere Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter zu treffen sind, ist selbstverständlich. Die Zentrumspartei hat aber nicht nur gegen das Arbeiterschutzesgesetz im Reichstag gestimmt, sondern es ist auch ein Teil dieser Partei für die Verlängerung des Sozialistengesetzes eingetreten, durch welches vielen Arbeitern die Waffen der freien Vereinigungstätigkeit ganz aus der Hand genommen ist. Diese Partei trägt somit einen Teil der Schuld, daß die Arbeiter sich nicht zur Genüge gegen das Anfeinden ihrer Lohnherren sträuben können und deshalb ist anzunehmen, daß sie auch mit dem vorliegenden Antrage weiter nichts bezwecken will, als sich ein arbeiterfreundliches Mantelchen umzuhängen.

So gründlich als möglich wird nach einer Aeußerung des Ministers von Bütticher aus der gestrigen Budgetkommission die Enquete über die Sonntagsarbeit betrieben. Bis zum 15. Januar sollen die Berichte der Bundesregierungen dem Reichstag des Innern erstattet werden. Mithin soll durch Sachverständige ein Plan für die Bearbeitung aufgestellt werden. Inzwischen ist eine Sammlung der in den Einzelstaaten bereits bestehenden Vorschriften über Einschränkung der Sonntagsarbeit veranfaßt worden und befindet sich bereits im Druck für den Reichstag. Diese Zusammenstellung wird, wie Minister v. Bütticher in der Kommission versicherte, nachweisen, daß ein großer Teil der in Bezug auf Einschränkung der Sonntagsarbeit bestehenden Wünsche bereits erfüllt ist. — Schade nur, daß die Begriffe „gründlich“ und „möglich“ so sehr dunkler Natur sind. Unserer Ansicht nach werden die Zusammenstellungen der Hauptsache nach nur den Beweis liefern, wie wenig man in gewissen Kreisen den ernstlichen Willen hat, die Lage der arbeitenden Bevölkerung auch nur um ein Geringes zu verbessern.

Die Warnung des Abg. Windthorst vor dem „Politiktreiben auf dem Justizwege“, schreibt die „Nat.-Ztg.“, ist durchaus begründet. Selten hat ein Staatsmann sich so konsequent dagegen ausgesprochen, die Gerichte zur Entscheidung politischer Fragen herauszuheben, wie Fürst Bismarck — und selten ist unter einem Staatsmanne so vielfach gegen diesen Grundsatz gehandelt worden, wie unter dem Fürsten Bismarck; vergl. die Prozesse wegen der Stellvertretungskosten der Abgeordneten gewählten Beamten und wegen der Redefreiheit in älterer, die wegen der Däuten in neuester Zeit. Der Widerspruch löst sich nur dadurch, daß in solchen Fällen die Urtheile der Gerichte, wenn sie nach Wunsch ausfallen, zu aktuellen politischen verwendet werden sollen, daß es nicht auf die Feststellung dessen, was Rechtens ist, sondern auf die Erlangung eines Mittels zu einem anderen Zwecke abgesehen ist.

In der letzten Bundesrathssitzung wurden mehrere neue Vorlagen an die Ausschüsse verwiesen, darunter ein preussischer Antrag, betreffend die Auslegung einer Bestimmung des Freizügigkeitsgesetzes in § 3 dahin, daß Reichsangehöriger der Aufenthalt in einem Bundesstaate nur dann verweigert werden kann, wenn sie, ohne jenem Staate anzugehören, entweder in jenem Heimathstaate den gesetzlichen Aufenthalt beschränkungen unterliegen, oder in einem anderen Bundesstaate als demjenigen ihres Aufenthalts innerhalb des letzten Jahres wegen wiederholten Bettelns oder wegen wiederholter Landstreicherei bestraft worden sind. Veranlassung zu dem Antrage hat zweifellos der Umstand gegeben, daß die betreffende Bestimmung des Freizügigkeitsgesetzes in den verschiedenen Bundesstaaten eine verschiedene, wehrfach von einander abweichende Auffassung erfahren hat. — Es sollte vor allem der Grundsatz festgehalten werden, der bereits vor Erlass

„Sie ist oft schlimmer als Ungewißheit. Und nun frage nicht länger, ich verweile nicht gerne bei diesen Erinnerungen.“

Apollonia nahm gedankenvoll die unterbrochene Arbeit wieder auf. Sie konnte den Gedanken nicht gebieten, die voll Besorgnis in die Zukunft hinauszuweisen, und je länger sie ihnen nachhing, desto erschreckender wurden die Bilder, die an ihrem Geistesbild vorüberzogen.

Worauf bezog sich jenes Geheimniß? Was war damals geschehen, worüber ihre Mutter schweigen mußte?

Sie fand auf alle Fragen keine Antwort, und es wäre Ehorheit gewesen, zu hoffen, daß die Mutter ihr Vertrauen schenken werde.

Frau Siebel arbeitete emsig weiter, nur dann und wann schaute sie auf, und dann fixirte ihr lauernder Blick verstohlen das blasse Antlitz des Mädchens.

Der Abend dämmerte schon, als nach kurzem Anpochen der Antiquitätenhändler eintrat.

„Wollt Ihr mir einen Gefallen erzeigen, Madame?“ fragte er.

Frau Siebel blickte ihn erwartungsvoll an.

„Wenn's in meiner Macht liegt, weshalb nicht?“ erwiderte sie.

„Ihr sollt einen Thaler dabei verdienen, verstanden?“

„Was ist es?“

„Oh, Ihr seid ja mit der Generalin gut bekannt, wie?“

„Ich habe sie lange nicht mehr gesehen.“

„Hat nichts zu sagen. Ihr seid doch in Freundschaft mit Ihr auseinander gegangen?“

„Gewiß.“

„Na, also wird sie Euch nicht hinauswerfen, nichts für unangut!“

„Und was soll ich bei der Generalin?“ fragte die ehemalige Wärterin fremdbet.

„Weiter nichts, als ihr einen Brief bringen.“

„Einen Brief? Den könnten Sie eben so gut der Post anvertrauen, das wäre einfacher.“

„Na, den Rath konnte ich selbst mir geben, verstanden?“

Die Postbriefe fallen zu leicht in andere Hände, und mir

der Bundesverfassung und des Freizügigkeitsgesetzes auf Grund früherer Verträge deutscher Staaten geltendes Recht war, wozu kein Staat die Befugniß hatte, seine eigenen Angehörigen auszuweisen.

Die Auseinandersetzungen über den Normal-Arbeitsvertrag innerhalb der Sozialdemokratie sind vielfach in einer so lebhaften Tonart erfolgt, daß schon wieder einmal das Gerücht von „Spaltungen“ bez. vom Ausschluß einzelner Mitglieder aus der Fraktion auf die Tagesordnung gekommen ist. Die Fraktion hat, wie das „Deutsche Wochenblatt“ berichtet, am 19., 20. und 21. Sitzungen gehabt, die zusammen über die annehmbare Dauer von 17 — wohlgefaßt sieben — Stunden sich erstreckten. Wäre ein derartiger Konfliktstoff vorhanden, wie es die Gegner der Arbeiterbewegung aus begründeten Motiven ausgesprochen (der Wunsch als Vater des Gedankens!), so wäre der Verlauf dieser Sitzungen jedenfalls ein anderer gewesen, als er thatsächlich war. Nachdem das Arbeiterschutzesgesetz eingehend durchberathen war, erfolgte der Aufruf an die Parteigenossen zu Sammlungen für den Dilettantenfonds als Senior-Konvent, sowie an den Kommissionen. Auch die große Debatte über die Taktik der Partei, die auf diese Woche verlagert wurde, hat prinzipielle Meinungs-Verschiedenheiten in keiner Weise zu Trage treten lassen. Daß die Angehörigen der Partei selbst zu denken gewohnt sind und sich durch keine Parole, gleichviel von wem sie komme, beeinflussen lassen wollen, ist kein Zeichen des Zufalls, sondern der Stärke der Partei. Nur auf dieser gesunden demokratischen Basis ist ein Gelingen derselben möglich.

Was liegt gegen Herrn von Stephan in höheren Regionen vor? Diese Frage wurde am Mittwoch allgemein im Reichstage aufgeworfen, als der Abgeordnete Gamp — vortragender Rath im Handelsministerium — den Chef der Postverwaltung so lebhaft angriff. Vorgestern wurde, wie die „Freisinnige Ztg.“ mittheilt, die Antwort darauf im Foyer des Reichstages gegeben mit dem Hinweis, daß Herr v. Stephan es abgelehnt hat, die Birkulare der neuen Berufsvereinigungen für Unfallversicherung zu dem ermäßigten Portosatz der Druckfachen befördern zu lassen. Herr v. Stephan erhielt dafür schon einmal durch die offiziellen „Berl. Pol. Nachr.“ einen Verweis. Nun erhielt Herr v. Stephan wegen seiner Hartnäckigkeit durch die Rede Gamp's eine zweite Mahnung. Wenn Herr v. Stephan den ermäßigten Portosatz bewilligte, so würde freilich ein weiterer großer Theil der recht unangenehm in die Augen fallenden Unkosten der neuen sozialpolitischen Schöpfungen vom Post-Gat übernommen werden. Aber selbstsam bleibt es immerhin, daß Herr v. Stephan, nachdem er eine Minderung der Post-Lieferungssätze zu Gunsten der Berufsvereinigungen und eine Gleichstellung des Portos ihrer Birkulare mit den Druckfachen abgewehrt hat, nunmehr angegriffen wird, weil er Druckfachen zu billig befördert und nicht genug Post-Ueberlässe liefert.

Zu den Ausweisungen. Abermals wird ein Fall bekannt, daß durch die Ausweisungen die Bande der Familie zerrissen sind. Am 24. d. M. wurde der Töpfer Kornschewitz, welcher polnisch-russischer Abstammung ist, mehrere Jahre in Myslowitz anständig war und mit einer Preusin verheiratet ist, zwangsweise mit Frau und 4 Kindern über die preussisch-russische Grenze geschafft und der russischen Grenzbehörde in Modrzeow überliefert. Letztere nahm aber, nach einer Mittheilung des „Oberschl. Anz.“, nur den Familienvater an und transportirte denselben sofort nach Bendzin, wogegen sie die Frau, weil eine geborene Preusin, mit ihren 4 Kindern nach Myslowitz jurisdicirte. Der Jammer der Frau und Kinder um den entrißenen Ehemann ist groß, denn K. war ein braver und nützlichster Arbeiter, der für seine Familie auf das Beste gesorgt hat.

In Hamburg hat die Petition für das Arbeiterschutzesgesetz 12 150 Unterschriften erhalten.

Greiz, 26. November. Der Landtag hat die Gesetzesvorlage über Prüfung des Hufschlages, sowie den Entwurf bezüglich des Landkrankenhauses angenommen. In letzterer Beziehung dürfen künftig Vermächtnisse und Schenkungen, welche dem Landkrankenhause gewidmet werden und über welche die Stifter nicht besondere Verfügungen getroffen haben, nicht zu den laufenden Ausgaben verwendet werden, sind vielmehr mit 4 pCt. zu verzinsen.

Zum serbisch-bulgarischen Kriege wird der „Kön. Ztg.“ aus Sofia unterm 24. Nov. gemeldet, daß der Fürst von Bulgarien nur gegen eine Kriegsschädigung von 30 Millionen Francs mit Serbien Frieden zu schließen bereit sei. Andersfalls würde Bulgarien gezwungen sein, sich selbst Recht und Sühne zu verschaffen. Die Mächte würden also ihren veröhnenden Einfluß nicht bei dem angegriffenen Theile, sondern bei dem Friedensförderer geltend zu machen haben. Die Mächte sollen von dieser bulgarischen Auffassung bereits benachrichtigt worden sein. — Der „Times“ Korrespondent in Petersburg erzählt aus „allerbesten Quellen“, daß Rußland es nicht mehr für praktisch halte, sich direkt der Vereingung beider Bulgarien zu widersetzen.

Nach einer heutigen Depesche sollen die Bulgaren die

liegt viel daran, daß die Generalin den Brief sicher erhält.“

„Darf ich den Grund wissen?“

„Ach was, es ist eine Mittheilung, die außer der Generalin Niemand erfahren darf.“

„Betrifft sie ihren Bruder?“ forschte Frau Siebel.

„Ihr seid so neugierig, wie alle anderen Weiber.“ erwiderte der Aniquar ungeduldig. „Euch kann es doch gleichgültig sein, was der Brief enthält.“

„Reinewegs! Wenn Herr Rabe erführe, daß ich —“

„Ihr könnt ja dafür sorgen, daß er nicht erfährt. Die Generalin wird schweigen, übrigens ist die Sache auch so schlimm nicht.“

(Fortsetzung folgt.)

Berliner Theater.

Louisenstädtisches Theater.

W. L. „Martha, oder der Markt zu Richmond“ wurde am Freitag im Louisenstädtischen Theater aufgeführt. Die Titelrolle spielte Fräulein Frey, während der Vächter Lyonel von Herrn Poland dargestellt wurde. Beide Stücke waren der ihnen gestellten Aufgabe vollkommen gewachsen, ihre Leistungen veranlaßten das zahlreich anwesende Publikum zu wiederholten da espo Rufen und Herr Poland war liebenswürdig genug, diesen Wünschen an einigen Stellen nachzukommen. Im Laufe des zweiten Aktes wurde dem Künstler ein großer Vorbeerkranz aus der Rosenkranzblume zugeworfen.

Zum höchsten Entzücken aber wurde das Publikum hingeführt bei der Scene im dritten Akt, wo Lyonel der Lady Durham (Martha) in seiner Verzweiflung ruft: „Rag der Himmel Euch vergeben, was Ihr an mir Armen thut.“ Diese Stropfen klangen aus dem Munde Lyonels so voll, so herzlich und doch so traurig, es war ganz die Stimme eines geschickten Dichters. Nicht minder vortrefflich wurde das Rosenlied der Martha im vierten Akt von Fräulein Frey getragen. In den arten, wohlklingenden Tönen spiegelte sich die Sehnsucht nach dem Gegenstand ihrer innigsten Vereingung getreulich wieder.

Und auch die Szenen auf dem Marktspiel zu Richmond waren voller Lebendigkeit. Ebenso das Spiel der Nancy (Fräulein Röser) als Freundin der Martha. Auch Lord Tristan

Serben bei Birot geschlagen, die Stadt besetzt haben und sich bereits auf dem Wege nach Nisch befinden.

Frankreich.

In der Tongking-Kommission erklärte Ministerpräsident Brisson, das Cabinet sei entschlossen, die Politik der kolonialen Ausdehnung nicht fortzusetzen; es sei aber ebenso entschlossen, alle auf die Räumung Tongking gerichteten Anträge zurückzuweisen. Man werde zwar die Nachsendung von Truppen beschränken, nicht aber die Ausdehnung der Okkupation. Die Räumung von Tongking würde alle hierfür gedachten Opfer vernichten und würde das Prestige und die Ehre des Landes verlegen. Brisson giebt sodann Einzelheiten über die Pläne zur Organisation des Protektorats und glaubt, daß die finanziellen Hilfsmittel Tongking's mindestens zur Deckung der Kosten für die Truppentransporte hinreichend würden. Der Kriegminister Campenon spricht sich dahin aus, daß die Vorübung Annams fast vollständig sei. In Tongking seien die Rebellen von den Truppen eingeschlossen und würden leicht zur Unterwerfung gebracht werden können. Die eingeborenen Truppen leisteten vortreffliche Dienste. Freycinet theilt mit, China komme den Friedensbedingungen in der loyalsten Weise nach. — Es ist kaum anzunehmen, daß die Kommission mit dieser ministeriellen Erklärung zufrieden sein wird.

Es ist jetzt davon die Rede, daß die Union republikanische des Senats und eine beträchtliche republikanische Gruppe der Kammer die Absicht haben sollen, der Kandidatur des Herrn Greoy auf dem Kongress diejenige des radikalen Pariser Abgeordneten Anatole de la Forge entgegenzustellen. Herr Anatole de la Forge hat, wie in den Reden der Kammer erzählt wurde, einen Brief veröffentlicht, worin er erklärt, daß er keineswegs Kandidat für die Präsidentschaft der Republik sei, daß er vielmehr für Herrn Greoy votiren werde und alle seine Freunde bitte, ein Gleiches zu thun.

In der Deputirtenkammer wurde ein Gesetz beantragt, welches alle Adeltitel im amtlichen Verkehr abschafft, die Strafbestimmung gegen Annahmung von Adeltiteln aufhebt und die Führung solcher mit hohen Fiskal-Abgaben belegt. — Der Abg. Dugal beantragt, ausländischen Arbeitern eine Aufenthaltsteuer aufzulegen. — Der bekannte „Patriot“ Déroulède, Kandidat für die Erbkammer, hielt vorgestern im Pariser Trovoli-Saale seine Programme. Zahlreiche Gegner verhinderten ihn lange am Sprechen, indem ihm Schimpfworte zu und bewarfen ihn mit allerlei Gegenständen; er konnte indeß dennoch bruchstückweise vortragen und erklären, Frankreich müsse der „Mittelpunkt aller Feindschaften beider Welten gegen Deutschland“ bleiben.

Spanien.

Die Nachricht von dem Tode des Königs von Spanien wird von den Pariser konservativen Blättern mit großer Bewundern, von den Radikalen hingegen mit einer Art Gleichgültigkeit aufgenommen; sie sehen schon die Republik in der Person des Königs in Madrid ausgerufen und freuen sich über die der Monarchie im Nachbarlande. Henri Rochefort äußert sich im „Antanfigeant“ wie folgt: „So ist die spanische Monarchie von dem großen Hindernisse befreit, das sich ihrer Entwicklung widersetzte. Das Kind, welches Alfonso XII. hinterließ, ist eine Tochter und diese Tochter nur fünf Jahre alt, was eben so lange als wirrenreiche Regentenschaft verspricht. Die Kaiserin, welche die Lebensgefährtin des Königs war, wird einige Nähe haben, sich einem Volke genähern zu können, welches die Karolinen-Angelegenheit gegen alles verstimmt hat, was aus Deutschland kommt. Die Lage ist also jenseitig der Pyrenäen so verwickelt, wie nur möglich, und es ist nicht schwer, die kommenden Ereignisse vorauszusagen. . . . Radikale, Alfonsisten und Nonpensionisten stritten sich um den Thron, halb über den Haufen geworfenen Thron. Wir haben die süße Ueberzeugung, daß die Republik sie alle einig machen wird.“

Der Ministerpräsident Canovas del Castillo begab sich am 26. Abends nach dem Prado und überreichte der Königin die Demission des Ministeriums, welche angenommen wurde. Die liberale Sagasta wird die Führung des neuen Ministeriums übernehmen. Der Bischof (!) halber ist für Karthago, Barcelona und San Sebastian der Belagerungszustand erklärt.

Rußland.

Aus Warschau, 26. November, schreibt man der „Nat.-Ztg.“: Große Entrüstung hat bei der hiesigen Bevölkerung der Vorfall hervorgerufen, welcher sich in den dunklen Gefängnissen der hiesigen Zitadelle ereignet hat, hervorgegangen aus dieser Lage wurde der Vorstand der hiesigen Synagogen-Gemeinde von der Gefängnis-Inspektion der Zitadelle benachrichtigt, daß ein israelitisches 17-jähriges Mädchen (N. Wolynianin, welches vor einiger Zeit wegen Verdachtes (!) der Theilnahme an den Bestrebungen der Umsturzpartei inhaftiert worden war, ihrem Leben durch Erhängen in der Zelle ein Ende gemacht habe. Der genannte Vorstand traf sofort alle Vorkehrungen, um die Leiche des Mädchens behufs Beerdigung auf dem israelitischen Friedhofe aus dem Gefängnisse zu holen. Da die Leiche an verschiedenen Körpertheilen ange Verletzungen

(Herr Rudau) und der Vächter Plumlett (Herr Reimede) dienen besonders genannt zu werden, wie denn überhaupt das Ensemble in seiner Zusammensetzung ein vortreffliches ist.

Nach einer Zeitungsmittheilung will die Direktion die Opernvorstellungen eingehen lassen, um dem Schauspielwerk der Posse die Bühne wieder zu öffnen. Dieser Entschluß wird sehr zu bedauern, weil kaum anzunehmen ist, daß durch ein Publikum ein besserer Genuß geboten werden kann, als jetzt wo die hervorragendsten Stücke großer Meister zur Aufführung gelangen.

Es ist leider eine unbestreitbare Thatsache, daß der Geschmack an wirklich guten und belehrenden Stücken immer mehr verloren geht. Die Mehrzahl der modernen Theater-Kritiker sind mit den Volksmassen keine Fühlung, sie verstehen nur zu sehr die Kreise, denen vor Allem daran gelegen ist, täglich etwas Neues und „Bilantes“ zu sehen und so ist es dahin gekommen, daß ein Stück, mag es auch die schlußrigste Tendenz haben, nur dann der Kritik gelobt wird, wenn die fabelhaften Sachen modern sein pointirt sind. Alle Novitäten tragen diesem Geiste Rechnung, und wenn das fortgeht, wird die Bühne bald genug ganz das Gegenstück zum dem werden was sie sein soll, nämlich ein Institut zur Bildung und Belehrung des Volkes.

Das Louisenstädtische Theater hat sich ein ganz besonderes Verdienst erworben mit der Aufführung alterer Opern. Solches wird die Direktion mit der Aufführung solcher Stücke gegenwärtiger Gerüche, noch weiter fortsetzen. Wir können unteren Lesern den Besuch der Opernvorstellungen nur auf's wärmste empfehlen, selten wird man für ein verhältnismäßig geringes Entree einen solchen vorzüglich wirkenden Kunstgenuss haben können.

Das Repertoire der Louisenstädt. Oper ist für die nächste Woche wie folgt festgesetzt. Sonntag: Trovador's Hochzeit; Montag: Die Stumme von Portici; Dienstag: Figaro's Hochzeit; Mittwoch: Fidello; Donnerstag: Der Wassenschmid; Freitag: Rigoletto. Außerdem steht ein interessantes mehrmaliges Schauspiel eines hervorragenden Tenoristen von einem bedeutenden Hoftheater in Aussicht.

Im Deutschen Theater wird heute, Sonntag, Fräulein von Seiglière und morgen, Montag, „Ein Traum“ gegeben. Am nächsten Donnerstag, 3. Dezember, bringen Fräulein Margarete von Olab vom Hoftheater zu Dresden die auf Engagement abzielende Gastspiel, und zwar wird die Künstlerin an dem genannten Tage als „Lady Wilford“ in „Kabale und Liebe“, und am Sonntag, 6. Dezember, als

in sich trag, welche konstant bestehen und werden. Ob und bei der Anwesenheit hat werden ist, Staatsanwälte sind leider die Augen n

London Freireiseltat und 9 Konventionen Gensyhead u

Die Z nach 1700 R. Gensyhead W. Die Z nach 1700 R. Gensyhead W.

Die Z nach 1700 R. Gensyhead W. Die Z nach 1700 R. Gensyhead W.

Die Z nach 1700 R. Gensyhead W. Die Z nach 1700 R. Gensyhead W.

Die Z nach 1700 R. Gensyhead W. Die Z nach 1700 R. Gensyhead W.

Die Z nach 1700 R. Gensyhead W. Die Z nach 1700 R. Gensyhead W.

Die Z nach 1700 R. Gensyhead W. Die Z nach 1700 R. Gensyhead W.

Die Z nach 1700 R. Gensyhead W. Die Z nach 1700 R. Gensyhead W.

Theater.

Oberhaus.
 Heute: Der Barbier von Sevilla.
 Morgen: Carmen.

Schauspielhaus.
 Heute: Rosenmüller und Finte.
 Morgen: Der Kaufmann von Venedig.

Deutsches Theater.
 Heute: Das Fräulein von Sciglière.
 Morgen: Ein Tropfen Gift.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.
 Heute: Offenbach-Cyclus. Blaubart.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Residenz-Theater.
 Heute: Clara Solzell.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Wallner-Theater.
 Heute: Unter uns. Hierauf, zum 11. Male: Der Vielgeliebte.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Belle-Alliance-Theater.
 Heute: Rutz-Byritz.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Balhalla-Operetten-Theater.
 Heute: Don Cesar.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Vittoria-Theater.
 Heute: Rekalina.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Central-Theater.
 Alte Jakobstraße 32. Direktion: Adolph Ernst.
 Heute: Zum 120. Male: Die wilde Rabe. Gesangsposse in 4 Akten von W. Mannstädt, Musik von G. Steffens.

Louisenstädtisches Theater.
 Direktion: Jos. Fimans.
 Heute: Der Troubadour.
 Morgen: Die Stimme von Vortici.

Ostend-Theater.
 Heute: Dorf und Stadt.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Königstädtisches Theater.
 Heute: Gastspiel der Hippitaner. Die kleine Baronin.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Theater der Reichshallen.
 Täglich: Auftreten sämtlicher Spezialitäten.

American-Theater.
 Täglich: Auftreten sämtlicher Spezialitäten.

Kaufmann's Varieté.
 Täglich: Große Spezialitäten-Vorstellung.

Konfordia.
 Täglich: Auftreten sämtlicher Spezialitäten und theatralische Vorstellungen.

Alhambra-Theater.

Wallnertheaterstraße 15.
 Heute und folgende Tage:

Berlin,

wie es weint und lacht.

Vollständ. mit Gesang in 3 Akten und 10 Bildern von C. F. Berg und D. Kalisch. Regie: Herr H. Seefeld.
 Vor der Vorstellung: Großes Konzert der Hauskapelle.
 Anfang des Konzerts Wochentags 7 Uhr, der Vorstellung 8 Uhr.
 Anfang des Konzerts Sonntags 6 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
 Wochentags haben Wochentags Giltigkeit und sind im Theaterbureau (12-1 Uhr) gratis zu haben.

Mehr's Casino.

Oranienstraße 24. Raunynstraße 65a.
 Täglich: Grosse Spezialitäten-Vorstellung.
 Neu! Auftreten des berühmten Mignon-Tänzerpaars Geschwister Fottiti, des Transformationskünstlers Hrn. Fiffelli, des urkomischen Willms, der Wiener Duettisten Geschwister Franke, der Chansonetten Hrn. Büren, Lazarini, Krüger, sowie Spezialitäten 1. Ranges. Näheres die Tagesprogramme.
 Wochentags Anf. 8 Uhr, Sonntags Anf. 6 Uhr.

Passage 1 Treppe. 9 u. Morg. bis 10 u. Ab.
Kaiser-Panorama.
 Das maler. Ober-Italien. Pompeii.
 Eine Reise durch die sächsische Schweiz. Dresden. Hochinteressant: Die Periba-Reise. Karolinen-Inseln. a. Reise 20 Bg., Kinder nur 10 Pf. Abonnement.

Pränscher's anatomisches Museum

im rothen Schloss
 von 9 Morgens bis 10 Abends für erwachsene Herren.
 Freitag ganzer Tag Damentag.

W. Prüfer's Restaurant

Elisabeth-Ufer 16-17,

empfiehlt: Warme Speisen zu jeder Tageszeit. Mittagstisch a la carte 50 Pf., im Abonnement 45 Pf. Großk., Kaffee, Bouillon, Weiß- und Bairisch Bier a 10 Pf.

Allen meinen werthen Gästen, Freunden und Bekannten, sowie einer geehrten Nachbarschaft empfehle mein neu renovirtes

Weiss- u. Bairischbier-Lokal

zur geneigten Beachtung.
 Achtungsvoll **Hume**, Alte Jakobstr. 7.

G. Richter's Restaurant,

Kottbuserstr. 2. früher „Alte Linde“, empfiehlt seinen neu eingerichteten Saal für Vereine, 150 bis 200 Personen fassend, mit und ohne Bühne, zur unentgeltlichen Benutzung. Ausschank von Weiß- und Bairisch-Bier. Speise a la carte zu billigen Preisen. [2750]



Wo speisen Sie? In der alten **Pommerschen Küche** b. Klein, jetzt Oranienstraße 181. Hof part. **Gediegener Mittagstisch** mit Bier 50 Pf. Abendstisch in großer Auswahl von 30 Pf. an. Angenehmer Aufenthalt mit Billard.

Ausverkauf in Kleiderstoffen zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Berliner Warb zu Hauskleidern Meter 30, 40-50 Pf.

Eine große Auswahl moderner Kleiderstoffe in vielen sehr hübschen bunten Farbenstellungen, früher 75 Pf., jetzt Meter 40 und 50 Pf. — Eine große Auswahl Winter-Chevots, wollener kräftiger Stoff für praktische Haus- und Straßenkleider, früher 90, jetzt Meter 50 Pf. — Ein großer Posten glatter, einfarbiger Tuch-Double-Foulés, decatierte kräftige Waare, früher 1,50, jetzt Meter 75 Pf. — Eine große Auswahl sehr hübscher Kleiderstoffe, doppelt breit, früher 2 Mark, jetzt Meter 90 Pf. und 1 Mark. — Eine große Auswahl Winterstoffe mit Bordüren, doppelt breit, Meter 1,30 bis 1,50 Mark. — Doppelt breit Tuch-Lama zu Morgenkleidern, Meter 1,20 Mark, 1,50 bis 2 Mark.

Schwarze Double-Cachemirs, Winter-Mäntel

Meter 1, 1,25, 1,50, 1,80, 2 Mark.
 in sehr großer Auswahl, in jeder Art, aus sehr haltbaren Stoffen, zu 12, 15, 18, 20, 25, 30 Mark.

Teppiche.

Wir verkaufen große Zimmer-Teppiche für 5 Mark, große Holländer Sopha-Teppiche 6 M. 50, Germania-Sopha-Teppiche 7 M. 50 und 11 M. 50, Brüssel-Tapestrie-Teppiche 11 M. 50 Pf., Belour-, Plüsch-Teppiche 16 M. 50. Bettvorleger 1 M.

Läuferstoffe, Meter 40, 50, 60 Pf.

Gardinen,

schöne neue Muster, Damast-Bordüren Gardinen Meter 40, 50 u. 60 Pf., englische Zwirn-Gardinen, Mtr. 1 M. 25 u. 1 M. 50. Eine große Auswahl abgepahter Gardinen zu bekannt billigen Preisen.

Sielmann & Rosenberg, Kommandanten- und Lindenstr.-Eck.

Die von Mitgliedern des Fachvereins der Schneider gegründete
Produktiv- u. Rohstoff-Genossenschaft der Schneider zu Berlin (Eingetragene Genossenschaft)
 No. 30 ZIMMER-STRASSE No. 30
 empfiehlt ihr Lager fertiger Herren-Garderobe, sowie ihr reichhaltiges Lager in- und ausländischer Stoffe, ebenfalls Herren- und Knöpfe. **Herren-Garderoben jeder Art werden nach Maß angefertigt. Reelle Arbeit. Dauerhafte Stoffe. Feste Preise.**
 Bitte genau auf Strasse und Nummer zu achten.
 Der Vorstand und Verwaltungsrath.

Cigarren- und Tabak-Handlung

von Ferdinand Ewald

(Vertreter: A. Bremer),

BERLIN N., Weinbergsweg 15b.

Lager aller Sorten Rauch-, Kau- und Schnupftabak, Cigaretten und Präsent-Cigarren. [2368]



C. Götzmann,

Uhrmacher,

Dresdenerstrasse 9,

zw. Kottbuser Thor u. Oranienplatz, empfiehlt sein reichhaltiges Lager von Regulatoren, 14 Tage gehend, prima Werk, von 20 Mark an, Wand-Uhren von 3 Mark an, Silbernen Cylinder-Uhren von 16 Mark an, [2746] Silbernen Remontoir-Uhren von 25 Mark an, Goldenen Damen-Remontoir-Uhren, 14-tätig, von 40 Mark an. Reparaturen bei 2jähriger Garantie: Cylinder reinigen . . . 1,50 do. neue Feder . . . 1,50 Regulator reinigen . . . 2,00 Regulator m. Schlagwerk reinigen . . . 3,00 Wanduhr reinigen . . . 1,00 do. m. Schlagwerk reinigen . . . 1,50

Magazin für Herren-Garderoben
 Alle Mann zu Fuß.
 Berlin N., Moritz-Feldstr. 12a
 empfängt von 15-50 Pf.
 gleich Anzüge von 24-50 Pf.
 gleich Hemdweber u. 18-19 Pf.
 Winterfertigung nach Maß
 prompt und billig.
 Wochentags bis 9 Uhr geöffnet.
 Sonntags bis 7 Uhr geöffnet.

Wichtig für Säckerinnen!
 Beste Zephyr- und engl. Gaster Wolle, 3/16, 3/18, 3/20, 3/22, 3/24, 3/26, 3/28, 3/30, 3/32, 3/34, 3/36, 3/38, 3/40, 3/42, 3/44, 3/46, 3/48, 3/50, 3/52, 3/54, 3/56, 3/58, 3/60, 3/62, 3/64, 3/66, 3/68, 3/70, 3/72, 3/74, 3/76, 3/78, 3/80, 3/82, 3/84, 3/86, 3/88, 3/90, 3/92, 3/94, 3/96, 3/98, 3/100.
 zugezogen. Alle Arten Strickgarne billig zu haben.
Wollhandlung P. Liebig,
 Flieder-Str. 12, 1 Tr.
 2803] Bitte genau auf Straße und Nummer zu achten.

Bürsten- und Pinsel-Fabrik von W. Heyfelder,
 Nr. 7, Dresdener-Strasse Nr. 7, empfiehlt sein eigenes Fabrikat zu soliden Preisen. Feine Staub-Räume in Gummi, Horn- und Eisen. Feinbearbeitete Schwämme, Zahn- und Nagelbürsten. Spezialität: Bürsten Besen zur Straßen-, Hof- u. Stall-Reinigung.

Oranienstraße 159, Das Herrengarderobe-Magazin von Siegfried Simon Oranienstraße 159, vis-a-vis der Ludauerstraße. Gegründet 1870.
 empfiehlt zur Herbst- und Winter-Saison sein reichhaltiges Lager von Anzügen, Paletots, Schlafrocken u. in den neuesten Stoffen und Facons zu soliden Preisen. Bestellungen nach Maß werden prompt ausgeführt.
 Zweites Geschäft: Oranienstraße 207, Ecke Skalitzerstraße.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

7. Sitzung vom 28. November, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes Fürst v. Bismarck, v. Boetticher und Kommissarien. Die Tribünen sind überfüllt.

Eingegangen ist die Uebersicht der Entschliessungen des Bundesrathes auf Beschlüsse des Reichstages.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation der Abgg. Reichensperger und Hintelen. Der Präsident: Ich richte an die Herren Vertreter des Bundesrathes die Frage, ob und wann sie die Interpellation zu beantworten bereit sind. Reichskanzler Fürst v. Bismarck: Ich bin bereit, sie sogleich zu beantworten.

Sie lautet: „Die Verächtlichkeit, welche der Stellvertreter des Reichskanzlers, Herr Staatssekretär Staatsminister von Boetticher der Zeitung „Germania“ (Nr. 24 H.) unter dem 2. November l. J. zugedacht hat, giebt in Verbindung mit den Verhandlungen der jüngsten Missionskonferenz in Bremen die Veranlassung, an den hohen Bundesrath eventuell an den Herrn Reichskanzler die Anfrage zu richten, ob beschloffen oder beabsichtigt sei:

1. jede Missionsfähigkeit von Mitgliedern des Ordens der Gesellschaft Jesu oder der mit demselben „verwandten“ Orden in den deutschen Schutzgebieten als als gesetzlich verboten zu behandeln oder auf dem Verwaltungsweg zu verbieten;
2. die Thätigkeit katholischer Missionen überhaupt in jenen Schutzgebieten auszuschließen oder zu beschränken?“

Abg. Reichensperger: Der Wunsch, daß christliche Religion und Gesittung, die Vorbereitungen aller Zivilisation und Kulturfortschritte, möglichst auch unter den Heiden unserer asiatischen Schutzgebiete verbreitet werden, war die hauptsächlichste Veranlassung zum Zusammentritt der Missionskonferenz zu Bremen, an welcher man sowohl auf katholischer als evangelischer Seite lebhaften Antheil nahm. In den dortigen Verhandlungen kam nun zur Sprache, und ein Artikel der Zeitung „Germania“ theilte mit, daß zwei Herren von der katholischen Congregation du saint-esprit aus Paris, deren einer schon seit zweiundzwanzig, der andere seit zehn Jahren als Missionar thätig ist, auf ihre bezügliche Anfrage auf dem hiesigen Auswärtigen Amt eine Auskunft erhalten hätten, die alle Katholiken in Verwunderung setzen mußte. Hierauf erfolgte die bekannte Verächtlichkeit durch Herrn v. Boetticher, in der es u. A. heißt: „Unrichtig ist die Behauptung, den beiden Missionaren sei auf dem Auswärtigen Amt mitgetheilt worden, daß katholische Missionen in Kamerun nicht gestattet werden könnten, da die Reichsregierung bereits mit der protestantischen Baseler Missionsgesellschaft einen Vertrag abgeschlossen hätte, in welchem sich das Reich verpflichtet, katholische Missionare von keinerlei Art in Kamerun zuzulassen.“ Wollen Sie denn wirklich die Folgen des Kulturkampfes auch auf die Heidenländer ausdehnen? Wenn Sie dort das Jesuitengesetz gelten lassen, so müßten Sie auch unter den Heiden der deutschen Schutzländer nach derselben Logik das Strafgesetzbuch und das Sozialistengesetz einführen; und in der That giebt es dort wohl Leute, die viel bedenklichere Anschauungen über Gesellschaftsordnung und Eigentum haben, als unsere deutschen Sozialdemokraten. Wollen Sie ferner wirklich das Prioritätsprinzip in der Missionsfrage gelten lassen? Wollen Sie, daß wie von der ersten Hypothel eventuell die zweite ausgeschlossen wird, so auch durch die erste Missionsniederlassung alle folgenden ausgeschlossen lassen? In dieser Weise das Recht der Verbreitung des Christenthums mit dem Hypothekenrecht auf eine Linie zu stellen, das kann doch wohl Ihre Absicht nicht sein. Zu einem legislativen Abschluß der Frage werden wir allerdings heute nicht kommen, aber ich erwäge mindestens einige Ausführungen, je nach deren Ausfall meine Freunde ihre Entschliessungen nach allen Seiten hin sich vorbehalten. (Beifall im Centrum.)

Reichskanzler Fürst v. Bismarck: Die Beantwortung der Interpellation würde eine sehr einfache sein, wenn sich dieselbe auf den Text der Fragestellung beschränkte. Da heißt es zu Nr. 1: ob beschloffen oder beabsichtigt sei, jede Missionsfähigkeit von Mitgliedern des Ordens der Gesellschaft Jesu oder der mit demselben „verwandten“ Orden in den deutschen Schutzgebieten als gesetzlich verboten zu behandeln oder auf dem Verwaltungsweg zu verbieten. Diese Nr. 1 würde ich einfach mit Ja beantwortet haben und kann das ohne bei den verbündeten Regierungen, deren Entschliessungen

maßgebend sind, in dieser Richtung weitere Anfragen zu stellen, da sich meines Erachtens diese Beantwortung aus der Lage unserer Gesetzgebung ganz von selbst ergibt. Wenn das Gesetz bei uns zu Recht besteht, so ist das doch der Fall, weil die verbündeten Regierungen ihm zugestimmt, weil der Kaiser es proklamiert hat, und die Regierungen haben demselben zugestimmt, weil sie das Gesetz zweckmäßig und für die deutschen nationalen Interessen entsprechend halten. Anders ist ihre Zustimmung nicht denkbar. Der Herr Vorredner hat sehr richtig gesagt, daß es hier nicht der Ort sei, über die Angemessenheit des Fortbestehens der Jesuitengesetzgebung zu disputieren; ich akzeptire das auch sehr gern. Er hat aber doch nicht unterlassen, erhebliche Momente zu Gunsten der Jesuiten anzuführen, so daß ich meinerseits doch auch eines, das für mich als Politiker besonders maßgebend ist, dagegen anzuführen nicht unterlassen kann. Die Gefahr, die gerade die Thätigkeit der Jesuiten für Deutschland, seine Einigkeit und seine nationale Entwicklung hatte, liegt ja nicht in dem Katholizismus der Jesuiten, sondern sie liegt in ihrer ganzen internationalen Organisation, in ihrem Locksagen und Locklösen von allen nationalen Banden und in ihrer Verhöhnung und Verächtlichmachung der nationalen Bande und der nationalen Regierungen überall, wo sie denselben beikommen. (Widerspruch im Centrum.)

Ebenso sicher würde ich die Nummer 2 der Interpellation, wenn sie allein stände, nämlich die Frage, ob beschloffen oder beabsichtigt sei, die Thätigkeit katholischer Missionen überhaupt in jenen Schutzgebieten auszuschließen oder zu beschränken, ganz kurzweg mit „nein, nun und nimmermehr!“ beantwortet haben. Es kann ja doch auch gar nicht der Glaube der Herren sein, daß eine solche ich möchte sagen konfessionelle Brutalität im Bundesrath überhaupt gedacht und beabsichtigt sein könnte. Auf den Antrag des Abg. Windthorst, der vom Centrum und einem Theil der freisinnigen Partei unterstützt wird, tritt das Haus in die Besprechung des Gegenstandes ein.

Abg. Windthorst: Der Herr Reichskanzler hat die Interpellation sehr geschickt beantwortet, indem er durch eingehende Bemerkungen das, worauf es eigentlich ankommt, in den Hintergrund geschoben und verdundelt hat, während die Interpellation einfach das bezweckt, was ihr Wortlaut enthält und der Abg. Reichensperger dargelegt hat. Von anderen Dingen war gar nicht die Rede. Wenn solche Erklärungen, so werden sie bei anderer Gelegenheit zum Ausdruck kommen können und zum guten Theil auch gebracht werden. Die katholischen Missionen sind zum größten Theil in den Händen von Ordensgeistlichen; und wenn Deutschland diese alle hinausgetrieben hat, so versteht es sich von selbst, daß wir deutsche Missionare nicht haben können. Wenn nun deutsche Katholiken, um für auswärtige deutsche Missionare zu haben, Missionen gründen wollen, so werden sie hinausgewiesen; also können Katholiken das Material für auswärtige Missionen aus Deutschland nicht schaffen. Das ist, was ich festnageln muß: nach den Deduktionen des Reichskanzlers hört das katholische Missionswesen in den Schutzgebieten Deutschlands auf, und wenn wir hier Bewilligungen zu diesen Zwecken machen, so machen wir sie zur Förderung des evangelischen Missionswesens. Denn eine Kolonisation ohne Mission ist undenkbar. In Frankreich hat man dies schon lange erkannt, und wenn Alles aus dem französischen Budget gestrichen werden sollte, ausgestrichen wird niemals werden, was für die Missionen bestimmt ist. (Auf rechts: „Aboarten!“) Der Herr Reichskanzler könnte aus den englischen Besitztungen und besonders aus Indien erfahren, was die englische Regierung dem Jesuitenorden dankt bezüglich der Festigung ihres Besitzes. Daraus, wie der Herr Reichskanzler heute das Missionswesen behandelt hat, erkenne ich, daß es ihm noch an einem Rath fehlt, der ihm die Sache richtig darstellt. Die Grundsätze, welche wir hier befolgen, müssen wir auch auswärts gelten lassen, hat er weiter gesagt. Im Artikel VI der Kongo-Akte ist für das ganze Kongo-Gebiet klar und fest ausgesprochen, daß freie Religionsübung sein soll und Missionare aller Rasse ohne Beschränkung ihre Thätigkeit ausüben können. Was der Herr Reichskanzler sagt, widerspricht diesen Grundsätzen, welche unter seinem Vorsteh hier von der ganzen europäischen Welt gefordert worden sind. Die Kolonien werden an Ort und Stelle besser behandelt als in der Wilhelmstraße, denn Fürst Bismarck hat selbst gesagt, daß er von der Sache nichts versteht. Er sollte also die Sache ruhig den Ortsbehörden überlassen, dann würde sie sich von selbst machen. Es ist gut, daß wir gleich am Beginne unserer Thätigkeit so unverhohlen klar in die Pläne

der Regierung sehen, und diese klare Einsicht wird sich auch auf andere Gebiete erstrecken. Wenn der Reichskanzler gemeint hat, wir hätten seine Kolonialpolitik nicht unterstützt, so ist er entweder nicht richtig orientiert, oder sein Gedächtnis läßt ihn im Stich. Wir haben ja wesentlich beigetragen zu allen Bewilligungen für diesen Zweck, gerade die für Kamerun ist auf meinen Antrag durchgeleitet worden. Aber was ich gethan, ist, daß ich gegen eine zu rasche und unvorsichtige Behandlung dieser Sache gewarnt habe, und die Ereignisse haben meine damaligen Worte bereits zur vollen Genüge bestätigt. (Zustimmung links und im Centrum.) Ich hatte damals die Genugthuung, daß Renner und Sachverständige in Bremen und Hamburg mir Recht gaben. Wir erheben jetzt unsere Stimme weiter nicht. Es ist augenblicklich nicht modern, und es ist ja nicht zu verkennen, daß auch im übrigen Deutschland, nicht allein hier, ein gewisser Enthusiasmus für diese Sache vorhanden ist — oder war. (Zustimmung links.) Er ist abgekühlt durch die Erfahrung, daß die Kolonien uns zur Zeit noch nicht den geringsten Nutzen bringen und für die Auswanderung, wofür sie eigentlich bestimmt waren, nicht brauchbar sind. Die Warnung unseres Kollegen Bismarck wurde überhört, und jetzt höre ich fast täglich von Augen- und Ohrenzeugen, daß Deutsche dort nicht leben können, sondern an den Fiebern zu Grunde gehen. In den neu hinzugekommenen Schutzgebieten scheint es besser zu sein, wie ich aus meinen Informationen aus Kamerun und Bismarckland entnehme. Allerdings läuft man dort Gefahr, von den Eingeborenen verpestet zu werden (Heiterkeit). Deshalb habe ich Vorsicht empfohlen. Wir sollten unsere Kräfte nicht vertheilen, denn unsere Stellung im Auslande beruht lediglich auf unserer Landarmee, und wenn wir unsere Kräfte vertheilen, so schwächen wir unser Ansehen. Wir sind nicht Feinde der Kolonialpolitik, halten vielmehr eine gute und gesunde Kolonialpolitik für ein Bedürfnis bei der Ueberfüllung, an der wir leiden. Wir sind nur gegen eine unvernünftige Kolonialpolitik. Wir werden nicht die Eingeborenen, wo wir uns niederlassen, nach dem Beispiel anderer Völker niederschleichen oder ausrotten wollen, sondern sie zivilisieren, zu wirklichen Menschen erziehen und dazu bedürfen wir der Missionare. Ich schliesse mit dem Verlangen, daß Art. 16 der Kongoakte, wie Vizepräsident v. Ruffenow zugesagt, überall aufrecht erhalten werde. (Beifall im Centrum.)

Reichskanzler Fürst v. Bismarck: Der letzte Herr Redner hat bei mir den Eindruck des ersten, daß es sich hier hauptsächlich um ein Vorgeficht für die Kolonialdebatte handle, bei dieser Interpellation wesentlich befristigt, und die Herren werden mir zugeben, daß wir uns plötzlich mitten in der Kolonialdebatte befinden. Der Herr Vorredner hat die Kolonialdebatte so weit ausgedehnt, daß er auch das ganze Kolonialsystem, welches wir einzuführen beabsichtigten, und das ich im vorigen Jahre empfohlen habe, von neuem hier der Kritik unterwerf, und unsere Absichten darüber in Zweifel stellte. Ich kann nach wie vor nur sagen, daß ich, soweit mir die Möglichkeit dazu gegeben ist, stets nur für dasselbe Prinzip eintrete, daß ich zuerst in der Budgetkommission — vor ungefähr anderthalb Jahren — ausgesprochen habe, nämlich, daß wir keine staatliche Organisation, keine Kolonien im französischen Sinne, keine Garnisonen u. dgl. erstreben, sondern daß wir nur beabsichtigen, dem deutschen Handel mit unserem Schutze zu folgen, da, wo er sich einrichtet. Das ist mein Ziel, ob wir nun das gleich von Haus aus erreichen können, oder ob wir uns Gesellschaften, die stark genug dazu sind, erst heranpflanzen müssen, das weiß ich nicht; aber mein Ziel ist der regierende Kaufmann und nicht der regierende Bureaucrat in jenen Gegenden, nicht der regierende Militär und der preussische Beamte; — unsere Geheimen Räte und versorgungsberechtigten Unteroffiziere sind ganz vortrefflich bei uns; aber dort in den kolonialen Gebieten erwarte ich von den Vansaten, die draussen gewesen sind, mehr, und ich bemühe mich, diesen Unternehmern die Regierung zuzuschicken. Das gelingt nicht leicht; die Herren wollen es sich auch leicht machen; die wollen, daß der Staat für sie übernimmt und es ihnen bequem macht. Mein Ziel ist die Regierung kaufmännischer Gesellschaften, aber denen nur die Aufsicht und der Schutz des Reiches und des Kaisers zu schweben hat. Das bemerke ich nur in Parenthese, weil die ganze Debatte von dem Gegenstande der Interpellation, von der Wahrheitsliebe der „Germania“ und von der Errichtung einer Jesuitenschule in Deutschland auf das koloniale Gebiet übergeschoben ist ohne mein Verschulden. Der Herr Vorredner hat die Fragen von Schutz, von Regent, von Souveränität angeregt, nicht ich habe es gethan.

Berliner Sonntagsplauderei.

R. C. Jedes Würmchen, welches still im Sande sein Dasein fristet, pflegt sich zu krummen, wenn es getreten wird. Es ist dies das Vorrecht der Würmer, Niemand kann es denselben freitig machen. Wir haben nun durchaus nicht es Absicht, irgend einen Vergleich zu ziehen, man weiß, daß jeder Vergleich hint, und wir möchten durchaus nicht in den Verdacht kommen, daß wir bei irgend einer Gelegenheit als Lahme angehint kämen.

Die Natur hat ihre Gaben verschieden vertheilt, dem Einen gab sie als Wehr und Waffen einen vorlauten, unüberlegten Mund mit auf den Lebensweg, dem Anderen verlieh sie die Fähigkeit, sich mit Hilfe der schwarzen, gefährlichen Flüssigkeit seine Widersacher vom Leibe zu halten, der Dritte schlägt am Liebsten gleich zu — Jeder nach seinem Geschick. Es wäre eine Vergewaltigung des Einzelnen, wollte man ihm in den Mitteln zur Vertheidigung seiner Interessen und Anschauungen auch nur die geringste Beschränkung auferlegen. Uns vor allen Dingen liegt ein solches Bestreben vollständig fern, wir lieben die Kritik und fordern dieselbe heraus, aber es darf auch nichts über die Quischnur gehen.

Wir wenden uns mit diesen unseren Anspielungen an eine ganz bestimmte Adresse, wir wissen, daß wir da, wo wir es wünschen, vollkommen verstanden werden.

Es ist von jeder gerade nicht das Zeichen eines besonderen Muthes gewesen, wenn man sich sträubt, die Folgen irgend einer selbst veranlassenen Handlung auf sich zu nehmen. Wenn manchen Menschen irgend etwas nicht so einschlägt, wie sie es wohl gewünscht hätten, so sucht man heute immer noch so wie vor tausend Jahren nach einem Sündenbock, der geduldig und lammfromm sich an Stelle des eigentlichen Attentäters prägen läßt. Bequem ist diese Manier ohne Zweifel, ob sie jedoch mit den Gesetzen des Anstandes und der Moral übereinstimmt, ist eine andere Frage, die wir hier besser unerörtert lassen.

Wir sind im Allgemeinen keine Leute, die sich durch irgend welche Neuheiten besonders schnell überraschen lassen, im Gegentheil, immer kühl bis ans Herz hinan. Vorgefester Abend jedoch wurden wir Zeuge einer neuen Einrichtung, die sich freilich weniger durch Loyalität als durch eine gewisse Originalität auszeichnete und die ganz gewiß unser Erstaunen hervorrief. Bisher war es unter uns Allen doch immer Sitte, daß, wenn man gegen irgend Jemand etwas hatte, man diesen hiervon mindestens in Kenntniß setzte. Hinter dem Rücken eines Anderen zu agitieren, denselben verleumden und verächtlichen, das war bisher doch nicht die Art und Weise, wie sie unter Arbeitern üblich war. Schade, daß die schönen Zeiten vorbei sind; früher trat man sich Auge in Auge gegenüber und suchte Klarheit zu schaffen über streitige Punkte, heute ist das anders geworden. Heute thut man sich zu dreizehn, vierzehn, fünfzehn Personen, je nachdem zusammen, und sibt über Abwesende, die hiervon keine Ahnung haben, zu Gericht, und nur der Zufall setzt den Angeschuldigten davon in Kenntniß, daß er sich, der sich sonst keiner bösen That bewußt ist, überhaupt im Anklagezustand befindet. Allerdings, es werden dann bei dieser Gelegenheit Verbrechen, die von einer geradezu grenzenlosen Verworfenheit der Gesinnung zeugen, an das Tageslicht gefördert, und die geängstete Menschheit kann eigentlich nur noch in dem Bewußtsein ihr kummervolles Dasein weiterschleppen, daß es immer noch brave und verständniskreiche Männer giebt, welche die Unthaten jener Scheufale wenigstens kontrollieren.

Darf ich eine solche Schandthat erzählen? — Vor ungefähr einem halben Jahre sitzt ein Redakteur in glühender Sommerhitze auf seinem Bureau und denkt, soweit ein solcher Mensch dessen überhaupt fähig ist, an gar nichts Böses. Die Fliegen summten im Zimmer, machten Selbstmordversuche an den Tintenfassern, kurzum, es war so gerade die Situation, in welcher auch ein weniger geplagter Mensch einmal etwas weniger widerstandsfähig wird.

Mit leichtem Klopfen aber angenehmer Verbeugung tritt der Reporter E. in das Zimmer. Die Stirn des Redakteurs verfinstert sich, er weiß, daß er es mit dem gefürchtesten Entenjäger der Reichshauptstadt zu thun hat.

„Nachheit, Herr Doktor!“ Der Reporter nennt den Redakteur stets „Herr Doktor“, obwohl er genau weiß, daß derselbe noch niemals einen Anderen rasirt hat.

Ein unverständliches Krurren ist die Antwort auf den freundlichen Gruß, der Reporter legt ein Blatt Papier auf den Tisch und ernstern sich mit der tugendhaftesten und unschuldigsten Miene von der Welt.

„Mistrauisch greift der Redakteur nach dem Papier. „Pappelplatz — Wochenmarkt, — nun die Sache ist wenigstens nicht total unmöglich. Der Redakteur wohnt Berlin S., der Pappelplatz ist Berlin N., trotzdem entfernt er sich, dort vor Jagren den Markt gesehen zu haben.“

Kann es etwas Gemeingefährlicheres geben, als einen Menschen, der nicht einmal weiß, daß auf dem Pappelplatz kein Markt mehr stattfindet, ist einem solchen Individuum nicht Alles zuzutrauen?

Aber wenn auch Monate, fast möchte man sagen Jahre, seit der schwarzen That verfloßen sind, es giebt glücklicher Weise in Berlin immer noch entschlossene und thatkräftige Männer, die im Stande, einem solchen Verbrecher bei jeder Gelegenheit die falsche Angabe meuchlings auf die Brust zu setzen und ihn immer daran zu erinnern, daß er wie Rain ein unauslöschliches Schandmal an seiner Stirn trägt und daß er wie der Galcerensklave seine Kette ewig und für alle Zeiten mit sich herumzuschleppen muß.

Solange es Männer in unserer Mitte giebt, welche diese hochwichtigen Interessen, ob ein Markt auf diesem oder jenem Plage stattfindet, in so nachhaltiger Weise vertreten, kann die Berliner Arbeiterschaft beruhigt sein, sie darf gelassen und stolz ausrufen: „Uns kann Keiner“.

Abg. Windthorst: Unser Antrag soll uns und unseren Wählern Klarheit verschaffen über die Art, wie die Reichsregierung die Missionen zu behandeln gedenkt. Davon lassen wir uns durch keinen diplomatischen Kunstgriff abbringen, und wir haben doch auch erreicht, daß uns klar geworden ist, daß der Reichskanzler die Jesuiten und die ihnen affilierten Ordensgesellschaften nicht zulassen will, und daß außer den evangelischen Missionen keine andere in der That nicht werden zur Geltung kommen können. (Widerspruch rechts.) Ich werde Ihnen das beweisen. Theoretisch ist zwar das Zugeständnis gemacht, daß auch katholische Missionare zugelassen werden sollen, wenn sie Deutsche und in Deutschland erzogen sind. Meine Antwort ist, das ist eine Konzeption an Leute, welche nicht existieren und nicht existieren können, weil die Reizeise es unmöglich machen. Ich habe bereits hervorgehoben, daß nur die Missionstätigkeit der Ordensgesellschaften von glänzendem Erfolge begleitet gewesen ist. Die Ordensgesellschaften haben Sie aufgehoben, Sie können daher auch keine Missionare erziehen, also werden wir auch keine deutschen katholischen Missionen erhalten. (Auf rechts: Mönche!) Das ist eine Folgerung der Logik, deren Grundsätze bei mir noch maßgebend sind. Der Herr Reichskanzler hat gesagt, daß der Kommissar an den Verhandlungen der Bremer Missionen nur zur Information der Reichsregierung beigewohnt habe. Aber derselbe hat doch auf der Konferenz sich sich dahin ausgelassen, daß über die Frage der Zulassung der Missionen die Priorität entscheiden solle. (Auf: Vater Weil.) Der Reichskommissar hat das gesagt und Vater Weil hat später diese Ansicht auch geäußert. Ich theile dieselbe nicht, weil bei dem Grundsatz der Priorität die paritätischen Verhältnisse geschädigt werden. Ich wünsche den Evangelischen alles Gute, auch die Unterstützung der Reichsregierung, obwohl ich voraussetze, daß so auch die evangelische Mission unter die Leitung und Ueberwachung des Bureaucratismus gerathen wird. Aber ich wünsche auch für uns andere die Freiheit, uns in unserem Sattel nach unserem Befinden einzurichten. Dazu ist nötig, daß uns die Erzielung von Missionen möglich gemacht werde, und dazu ist wiederum erforderlich, daß wir die Ordenskräfte zurückhalten. Haben wir die bekommen, so sind wir damit einverstanden, daß nur Deutsche in den deutschen Kolonien zugelassen werden. Erstaunt bin ich über die Auslegung, welche der Herr Reichskanzler der Kongoaakte gegeben hat. Ausdrücklich ist in dieselbe die Bestimmung eingefügt, daß im Kongogebiete die Missionen aller Nationen ohne jede Beschränkung zugelassen werden sollen. Durch seine heuligen Auslassungen legt er sich in Widerspruch mit dem, was auf der Kongokonferenz unter seiner Leitung festgesetzt ist. Dieses doppelte Verfahren bekämpfen wir, wir bleiben dabei, daß die Grundsätze der Kongokonferenz gewahrt bleiben müssen, so wie es uns auch in der Budgetkommission von Herrn v. Rufferow zugesagt ist. Der Herr Reichskanzler hat gelauscht, auch aus meinem Zusammengehen mit Bischof Kapital schlagen zu müssen. In Fragen der Wissenschaft schließe ich mich mit Vergnügen Bischof an. So weit sind wir doch wohl noch vom Parteigeiste befreit, daß wir die Wissenschaft noch hoch halten. (Auf: J, bewahre! Weisfall.) Wenn der Herr Reichskanzler uns weiter einen Vorwurf daraus hat machen wollen, daß wir bei den Wahlen mit den Freimüthigen zusammengegangen sind, so ist mir das willkommene Gelegenheit, zu sagen, daß wir fortgesetzt nur die unterstützen werden, die uns von den Ketten des Kulturkampfes befreien wollen. Wir werden bestrebt in diesem Bestreben, wenn wir in der „Nordd. Allg. Stg.“ und der ihr affilierten Zeitungen, deren Zahl Million ist, lesen, daß es sich darum handle, eine Mittelpartei zu schaffen, welche das Zentrum und die Deutschfreimüthigen und Alle, welche nicht zu Bismarck schwören, vernichten solle. Wir sind sehr glücklich, wenn wir die Politik des Herrn Reichskanzlers auf wirtschaftlichem Gebiete unterstützen können, aber wir behalten uns immer das Recht der eigenen Meinung vor. Das Zentrum verfolgt immer bewußt den eigenen Weg, unbestimmt um Günst und Ungünst. Ein Appell an unsere Wähler fruchtet nichts. Der Thurm des Zentrums steht und wird stehen. So lange es noch einen Nationalliberalen giebt, wird auch das Zentrum sein. (Weisfall im Zentrum.) Es ist sehr traurig, daß der Herr Reichskanzler bei den kulturkämpferischen Tendenzen der preussischen Regierung beharrt. Das beweist uns, daß er nichts gelernt und nichts vergessen hat. Wir fahren daher auch fort, dieselbe Stellung einzunehmen wie bisher, daß wir siegen werden, ist gewiß. Früher ist aber auch kein Segen zu erwarten für Deutschland. Das in Bezug auf Einigkeit im Reiche, von welcher der Herr Reichskanzler sprach. Ich fühle mich in keinem Punkte minder für einen Deutschen als er. Ich bin geboren und erzogen in einer der deutschesten Gegenden von Deutschland, während er selbst schon etwas mehr jenseits der Elbe wohnt. Ich diene dem Vaterlande in meiner Weise, aber auch der Reichskanzler nur in seiner Weise; so oft das Recht verlegt wurde, war sie nicht immer deutsch. (Sehr wahr! links.) Der Reichskanzler hat mehr Erfolg gehabt, weil er mehr Soldaten und mehr Geld zur Verfügung hatte. (Weiterleit.) Ich habe keine Soldaten und gar kein Geld, habe aber doch so waffenlos manche Erfolge erzielt. (Rufe rechts: Jesuiten!) Der Reichskanzler sollte es sich endlich auch überlegen, ob es gut ist, einen großen Theil unserer Bevölkerung stets als im Gegensatz zu unserem Reich befindlich zu bezeichnen. Er kann uns keinen Vorwurf daraus machen, daß wir festhalten wollen, was uns erst unter der Aera Bismarck mit Gewalt entzogen ist. Jene frühere Regierung Friedrich Wilhelm IV. unter der wir uns wohl befinden haben und nach deren Zuständen wir zurückverlangen, wird zwar immer als eine Mißregierung bezeichnet. Die spätere Geschichte wird entscheiden, ob diese Regierung nicht doch besser war, als die Regierung des Fürsten Bismarck. (Rufe: Dimüt, Sedan.) Ich meine, das sind ernste Zeichen, um endlich Frieden zu machen mit allen staats-erhaltenden Kräften im Vaterland und uns endlich Freiheit auch auf kirchlichem Gebiete zu gewähren. Denn ohne diese Freiheit wird die deutsche Nation niemals zu einer Betätigung gelangen. (Weisfall im Zentrum.)

Reichskanzler Fürst v. Bismarck erklärt die Gegenüberstellung der Regierung des vorigen Königs gegen seine (des Reichskanzlers) ministerielle Thätigkeit für eine Se. Majestät den Kaiser und ihn selbst beleidigende Aeußerung; er sei nichts anderes als der treue Vasall und Diener seines Monarchen, und erwarte, daß Windthorst diese Aeußerung zurückzunehmen werde.

Abg. Windthorst: Ich erkläre gegenüber dem Abg. v. Rufferow, daß ich jederzeit bereit bereit wäre, mit allen meinen Kräften dahin zu wirken, daß der Kulturkampf ein Ende nimmt, und ich glaube, daß man in Rom genügende Beweise gegeben hat, daß auch dort die gleichen Wünsche existieren. Aber ich leugne es und erwarte den Beweis des Gegentheils, daß der Kulturkampf zu irgend einer Zeit dem Abschlus nahe gewesen sei, und jetzt ist das am allerwenigsten der Fall, die Dinge ruhen absolut. Wenn der Reichskanzler dann gemeint hat, daß es uns Mühe koste, den Kulturkampf aufrecht zu erhalten, so kann ich ihm die Versicherung geben, daß das uns gar keine Mühe kostet; denn dafür sorgt sein Kollege v. Goltz in genügender Weise, und so lange wir seine Agitation haben, können wir unsere Hände ruhig in den Schooß legen. Die preussische Regierung hindert die freie Bewegung der katholischen Kirche, und das, was wir haben, haben wir nur im Wege der Gnade und kann uns jeden Tag wieder entzogen werden. Wir wollen aber nicht von der Gnade, sondern von dem Rechte leben, und um dieses Recht kämpfen wir. (Weisfall im Zentrum.) Die katholische Mission ist in der Theorie allerdings auch zugelassen; diese Theorie

wird aber nicht praktisch, und daraus folgt, daß nur die evangelische Mission zugelassen ist. Das ist wahr und nicht unwar, wie der Reichskanzler meinte. Bei der Beurtheilung einer vergangenen Regierung ist es durchaus zulässig, den Monarchen selbst zu nennen; bei regierenden Fürsten ist das nicht zulässig, da wendet man sich an den Minister, und so habe ich es auch gethan. Ich bin nicht gewohnt, die Person des Fürsten in die Debatte zu ziehen. — Der Wortlaut des Protokolls der Budgetkommission, von dem die Rede war, hat in allen Blättern gestanden, und danach war es die Ansicht des Kommissars v. Rufferow, daß es nach der Kongoaakte geben würde. Auf Grund dieser Ansicht haben meine Freunde sich damals beruhigt und die Position angenommen. Heute wird diese Ansicht desavouirt und gesagt, der Kommissar sei gar nicht berechtigt gewesen, jene Erklärung abzugeben. In Bezug auf die evangelischen Missionen habe ich in meiner ersten Rede ausdrücklich anerkannt, daß sie Gutes leisten und ich ihnen den besten Erfolg wünsche. Wünschen Sie unseren Missionaren denselben guten Erfolg, und Alles wird gut gehen. — Glaubt der Reichskanzler, die französischen Missionare aus internationalen Rücksichten ausweisen zu müssen, so würde ich mich dabei beruhigen; ich würde aber dann die ausdrückliche Erklärung wünschen, daß die anderen katholischen Missionare kommen dürfen. Der Herr Reichskanzler hat aber Punkt I der Interpellation generell abgelehnt. Ich werde wiederholt dabei stehen: proklamiren Sie für unsere Schutzzgebiete einfach die Grundsätze der Kongoaakte! (Weisfall im Zentrum.)

Reichskanzler Fürst v. Bismarck wiederholt noch einmal mit Lebhaftigkeit seine frühere Entgegnung gegen Windthorst und hält daran fest, daß kein Kommissar im Namen der verbündeten Regierung, deren Meinung er im voraus nicht kennen könne, bindende Erklärungen abzugeben in der Lage sei.

Abg. Rintelen: Die Deduktion des Herrn Reichskanzlers, daß, weil in den deutschen Schutzzgebieten die Verwaltung handhabenden Beamten den deutschen Reichsgesetzen unterworfen wären, nach diesen auch die Schutzzgebiete verwaltet werden müßten, beruht auf einem staatsrechtlichen Irrthum. In der Verfassung Art. 78 ist ausgeführt, was zum Reichsgebiet gehört. Eine Abänderung desselben, wie sie sich z. B. in der Erwerbung von Schutzzgebieten darstellt, kann nur auf der Verfassungsänderung beruhen. Ebenso müssen Gesetze und Verordnungen für solche neuen Reichsgebiete vom Reichstage besonders votirt werden, eine Maßregel, wie bez. Elsaß-Lothringens auch in Anwendung gekommen ist, als man später Reichsgesetze für die Reichslande als maßgebend einführt. In Gleichem kann durch Verträge mit auswärtigen Fürsten nur dann Bindendes festgesetzt werden, wenn die Verträge durch den Reichstag genehmigt sind. Die Reichsregierung hat keinerlei Befugnis, irgend Jemanden, also auch nicht einen jesuitischen Missionar, aus den Schutzzgebieten auszuweisen, denn sie hat kein Recht, einseitig Verordnungen zu erlassen, sondern der Reichstag ist berechtigt und befugt, darauf zu achten, daß die Schutzzländer ihren Interessen und denen des Reichs entsprechend verwaltet werden.

Die Diskussion wird geschlossen. Persönlich bemerkt Abg. Windthorst: Der Reichskanzler hat von einem unwürdigen Verhalten gesprochen. An sich ist kein Vertreter der verbündeten Regierungen berechtigt, einem Parlamentsmitgliede derartiges zu sagen, und sofern der Reichskanzler meine Person hat bezeichnen wollen, muß ich eine solche Aeußerung mit Indignation zurückweisen. Wenn es klar gewesen wäre, daß ich damit gemeint war, so würde der Herr Präsident den Reichskanzler zur Ordnung gerufen haben.

Abgeordneter v. d. Decken (Welfe): Der Reichskanzler hat uns, der hannoverschen Partei, wieder den schwerwiegenden Vorwurf der Reichsfeindschaft gemacht. Diesen Vorwurf muß ich auf das Entschiedenste ablehnen. Wir sind keine Reichsfeinde.

Damit ist die Interpellation erledigt und das Haus verläßt sich.

Schluß 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Interpellation der Polen, betr. die Ausweisungen, Etat.)

Lokales.

Die Stadtverordneten-Verwahlung ist nun bis auf die Stichwahlen beendet, und es verlohnt sich wohl der Mühe, einen Rückblick auf die Beteiligungen der Arbeiter an der Wahl zu werfen. Im Großen und Ganzen ist in sämmtlichen Bezirken ein Zuwachs an Stimmen für die Arbeitervertreter gegen nur 2 Jahren zu verzeichnen. Man hatte aber in einzelnen Bezirken (wie beispielsweise im 38.) so recht Gelegenheit, die Verwerflichkeit des Dreiklassenwahlsystems kennen zu lernen. Wie wäre die Wahl wohl ausgefallen, wenn jeder Wähler hätte seine Stimme abgeben können, ohne den Namen des Kandidaten zu nennen. Gerade im 38. Wahlbezirk, woselbst eine ziemliche Anzahl Fabrikarbeiter wohnen, sah man es den Wählern an, daß sie wohl innerlich an einen ganz anderen Kandidaten dachten, als an den, für welchen sie ihre Stimme abgaben, aber die Furcht vor einer event. Entlassung aus der Arbeit, da ja eine Anzahl Herren den Wahltag umstanden und jeden Wähler scham beobachteten, und unter diesen der Arbeitgeber selbst oder der Meister anwesend sein konnte, ließ sie nicht dazu kommen, ihrer inneren Ueberzeugung Ausdruck zu geben. Außer dieser Beobachtung ließ sich auch noch eine andere wahrnehmen. Es kamen Arbeiter zur Wahl, die überhaupt nicht zu wählen hatten, da sie in Bezirken wohnten, die nicht ausgelost waren; andere wieder hatten im 34. zu wählen und kamen nach dem 38., und zwar noch in später Stunde, so daß ihre Stimme dem 34. Wahlbezirk verloren ging. Es ist dies ein Beweis, daß es noch eine große Anzahl Arbeiter giebt, welche sich nicht zur richtigen Zeit um Angelegenheiten kümmern, die für sie von größter Wichtigkeit sind. Sie lesen entweder gar keine Zeitung oder eine solche, die nicht auf dem Boden der wahren Vertretung der Interessen der Arbeiter steht. Von solchen Organen sich zu befreien, muß die Aufgabe eines jeden Arbeiters sein. Eine andere Mahnung sei bei dieser Gelegenheit an diejenigen gerichtet, welche sich indifferent allen den Bestrebungen entgegenstellen, die darauf hinausgehen, durch gegenseitige Belehrung und Ausflärung, durch Aufdeckung der Mißverhältnisse, welche in Kommune und Staat bestehen, durch Angabe der Mittel und Wege zur Beseitigung derselben die Lage des Arbeiters umzugestalten und zu bessern. Diese Aufgabe haben sich die Arbeitervereine gestellt und es dürfte kein Arbeiter, dem das Wohl seiner Familie am Herzen liegt, außerhalb dieser Vereine stehen. Nach den Kommunalwahlen vor zwei Jahren sind die Bezirksvereine gegründet worden, sie haben in dieser Zeit durch Vorträge über kommunale und politische Angelegenheiten nuzbringend auf die Mitglieder gewirkt. In vielen dieser Vereine sind Bibliotheken eingerichtet, wodurch es den Mitgliedern ermöglicht wird, sich in ihrer freien Zeit geistig zu beschäftigen. Wohl ist überall der Verdienst ein großer, und es ist nicht Jeder im Stande, viel Geld für Vereine übrig zu haben. Das ist die Entschuldigung derjenigen, welche noch nicht diesen Vereinen beigetreten sind. Aber wie viele gehören von ihnen den Rauchklub an, die mehr Geld verdienen und deren Bestrebungen in gar keinen Vergleich mit den obengenannten Vereinen zu stellen sind. Den Beitrag von monatlich 2 Pf. wird wohl Jeder erbringen können, umlohnend, da sie ihm durch das Gebotene vollständigen ersetzt werden. Schließe sich daher jeder Arbeiter und Handwerker den Arbeitervereinen an, trage Jeder dazu bei, daß die Ziele und Bestrebungen der Bezirksvereine erreicht werden, dann wird auch der Sieg nicht ausbleiben.

R. Verunglückt. Der Arbeiter Jahnke trug am Freitag Vormittag gegen 11 Uhr im Hof der Holzhandlung von Röhne, Draniensburgerstr. 32, mit einem anderen Arbeiter zusammen eine schwere dreiköpfige Bohle. Blötzlich stolperte sein Kollege und ließ die Last fallen, die nun mit voller Macht den J. niederstürzte. Eine schwere, innere Verletzung machte die sofortige Ueberführung des Verunglückten zur Charité mittels einer Drochse nötig.

Bedauerlicher Unglücksfall. Am Mittwoch, den 25. 1/8 Uhr Morgens, als die Maurer im Begriff waren, an die Arbeit zu gehen, warfen oben auf dem Gerüst die Steinleger auf einem Bau in der Schönleinstr. die Steine aus. Ein Stein fiel unglücklich Weise hinab und traf den Maurer Lieske auf den Kopf, so daß der Verletzte ohnmächtig zu Boden sank und augenblicklich nicht arbeitsfähig ist. Der Unglücksfall wurde dadurch veranlaßt, daß an dem Neubau leider das vorgeschriebene Schuttdach fehlte. Wird man die Bauunternehmer niemals anhalten, ihre Arbeiter sorgfältiger zu schützen? Nach dem Unglücksfall wurde allerdings ein Schuttdach angebracht — man deckt den Brunnen immer zu, nachdem das Kind hineingefallen ist.

Gerichts-Zeitung.

Ein lehrreicher Meineidsfall, welcher auf die Grund im Zivilverfahren eine Einwirkung über dürfte, beschäftigte gestern das Schörrichter beim Landgericht I. Der Angeklagte, der bisher unbestrafte Maler Wensch, hatte im vorigen Jahre mit einem Fräulein K. ein ernstes Verhältnis, welches er indeß wieder auflöste. Während der Dauer desselben hatte er von seiner Braut eine goldene Damenuhr zur Reparatur erhalten, welche er aber, wie er selber einräumte, bevor er sie dem Uhrmacher übergab, verlegt hatte. Nach Auflösung des Verhältnisses erhielt Fräulein K. von Wensch zwar eine goldene Damenuhr, aber, wie sie unter ihrem Eide erhärtete, nicht die Uhr, welche ein Erbstück ihrer Eltern war, sondern eine erheblich minderwertigere. Fräulein K. strengte die Zivilklage gegen ihren früheren Bräutigam auf Herausgabe ihrer Uhr an und denunzierte ihn auch wegen Unterschlagung dieser Uhr. Daraus hervorgehende Strafverfahren wickelte sich schneller ab, als der Zivilprozeß; bereits am 25. Juni v. J. wurde Wensch zum hiesigen Schöffengericht wegen Unterschlagung zu einer 6monatigen Gefängnisstrafe verurtheilt, während ihm im Zivilprozeß der aufserlegt wurde, daß die zurückgegebene mit der von der K. gehaltenen Uhr identisch ist. Diesen Eid leistete Wensch in dem am 1. Oktober v. J. anberaumt gewesenem Termine trotz dem Vorhalten des Richters, daß in dem Strafprozeß seine festgesetzt worden sei, und wurde später nicht nur gegen das schöffengerichtliche Urtheil eingelegte Berufung verworfen, sondern auch gegen W. eine Anklage wegen vorsätzlichen Meineids erhoben. Der Angeklagte versicherte dabei, theuer, daß er nur die Wahrheit beschworen habe, die geschworenen sprachen aber das Schuldig über ihn aus, was der Gerichtshof erkannte auf zwei Jahre Zuchthaus, zwei Jahre Ehrverlust und auf dauernde Unfähigkeit, als Zeuge vor Sachverständigen vernommen zu werden.

Zwei Anklagen wegen Störung des Gottesdienstes gelangten gestern vor der zweiten Strafkammer hiesigen Gerichts zur Verhandlung. 1) Der schon vielfach Betteln und wegen verschiedener Vergehen vorbestrafte diener der St. Andreas-Kirche, in welcher der Superintendent Berner eine Predigt über die Verwerflichkeit des Trunkens hielt. Als der Geistliche davon sprach, daß die Trunkenbolde nur sich körperlich zu Grunde richteten, sondern auch dem Seelenheil preisgaben, entzünden dem angetrunkenen Angeklagten die Worte: „Das war' ja noch was!“ Da der redend die andächtigen Nachbarn des Angeklagten dadurch störten, führte der Richter den Störenfried auf die Straße und übergab ihn dort einem Schuttmann. Staatsanwalt Otto beantragte 6 Monate, der Gerichtshof erkannte auf zwei Monate Gefängnis. — 2) An demselben 18. Oktober standen der Schlächter Albert Friedrich Wilhelm Scholz, Arbeiter Wilhelm Schwegler, Maschinenbauer Gustav Hesse, Tuchmacher Werner Blarre, Former Franz Thomsen, Neuschinski und eine sechste Person, die jetzt zum Militär eingezogen ist, in einem am Georgenkirchplatz belegenen Theatersaal und sangen, während in der nahe gelegenen St. Georgenkirche die Weichte abgenommen wurde, einige weltliche Lieder. Durch stöhnten sich die Besucher des Gottesdienstes gestört und veranlaßte der Kirchendiener die Festnahme der Sänger. gleich der 166 Str.-G. B. zu seiner Anwendung eine Erklärung in einer Kirche verlangt, erachtete Staatsanwalt Otto die Verletzung dieses Strafgesetzes für darzuthun, die Wirkung des Gesanges in der Kirche erfolgte. Er beantragte gegen jeden der Angeklagten ein Jahr Gefängnis. Der Gerichtshof theilte in rechtlicher Beziehung die Auffassung des Staatsanwalts und verurtheilte die Angeklagten zu je 6 Monaten Gefängnis.

Soziales und Arbeiterbewegung.

An die Rarmorarbeiter Veitins! In der Rarmorwaarenfabrik von Banelli u. Komp. haben die Arbeiter (Schleifer) in Folge von Lohnunterschieden die Arbeit eingestellt. Kollegen, Arbeiter! Es ist dies der erste Schritt seit unserer Vereinigung, den wir nothgedrungen thun mußten. Wir stellen an uns Forderungen, die wir nicht erfüllen können. Wir appelliren nun an alle Kollegen, welche noch nicht unserer Verein angehören, und nach Kräften zu unterstützen und unsere gerechte Sache nicht illusorisch zu machen, denn unser Sieg ist auch Euer Sieg. Haltet Juchz fern! Mit kollegialen Grüßen: Der Vorstand des Fachvereins der Granit- und Rarmorarbeiter.

Vereine und Versammlungen.

Die wünschenswerth und nothwendig es ist, daß die Reichstagsabgeordneten sich öfter an den Volksoberhäuptern beteiligen, um die wahre Lage des Volkes richtig zu erkennen und seine Wünsche zu hören und zu verstehen, wieder recht deutlich die von der Freien Organisation junger Kaufleute einberufene öffentliche Versammlung der Handwerker, welche am 27. d. M., in Rieß's Salon (Kommunaldankensstraße 71—72) unter Vorsitz des Herrn Hinz abgehalten wurde. Die Tagesordnung lautete: „Die Sozialreform der Kaufmannschaft“, und waren zu dieser Versammlung die früheren Mitglieder der Arbeiterschul-Kommission des Reichstags eingeladen worden, von denen jedoch nur die Abgeordneten Kayser (so.) und Dr. Hartmann (am.) die Einladung Folge gegeben hatten. Herr Auerbach als Vertreter legte alle jene Schäden und Mißstände im Kaufmannstande klar, welche von der Freien Organisation junger Kaufleute im Verlaufe ihrer bisherigen Thätigkeit bloßgelegt worden sind, und veranschaulichte in überzeugender Weise, daß alle diese Mißstände nur durch die Gebehrung von besitzlosen Kaufleuten sodann näher auf den bekannten Arbeiterschulgelegenheiten ein, zeigte, wie vortheilhaft dessen resp. Bestimmungen seien auf die kaufmännischen Verhältnisse zugeschnitten seien, und sprach schließlich die Hoffnung aus, daß, wie es sich aus dem Schluß ergab, die Hoffnungen vor dem warmen, belebenden Ausblicke, auch die jetzigen erstarrten Zustände ein wenig aufzuweichen würden. In der Diskussion nahm u. A., von sämmtlichen Theilnehmern, Reichstagsabgeordneter Kayser das Wort, er selbst sprach zunächst seinen Dank aus für die ihm zu Theil gewordene Einladung, welcher er sehr gern Folge gegeben habe.

da er in fr...
sich die Ausbl...
welcher mel...
lung zu sp...
abgehalten...
bedeute Sch...
Handlungs...
ung aus...
durch den...
Verhältniss...
der Handl...
um sich sel...
auf die Res...
verfüge. I...
mannsthan...
brücke de...
Handlungs...
schlechtesten...
und Gedr...
zur recht u...
schlechtest...
geblieben...
ngt anfan...
hände zu...
Beziehung...
Die sozial...
Bäre den...
selben sei...
nahmen da...
esse Veräu...
Sonntag...
we er die...
die Einsh...
eigentum...
paritätisc...
we, was...
zu h...
wegen Ja...
zum...
loch er...
schaffen...
den Ausfü...
ortmann...
Bestreben...
unorgelre...
merobolte...
neud, offe...
schäim...
ber, der u...
seigebuch...
wieder...
gründert b...
lange ge...
monen an

Arb.-...
Die...
in Kell...
1. Bo...
Küchlein...
inagel...
Neue...
Bau...
Balender...
gegen Bo...
Mitglieder...
vom Kasir...
Kleiner...
Bo...
Die...
Loutie...
1. Was...
bilou...
2. Die...
Die...
Die...
Be...
in Gra...
70...
So...
in Sa...
Ger...
im Re...
1. Be...
Ziele der...
der Frach...
Beschiede...
Bere...
Mon...
in...
1. Bo...
2. Die...
4. An...
G...
in

da er in früheren Jahren selber dem Kaufmannstande angehörend, sich für diesen besonders interessierte und entschuldigte das Ausbleiben des ebenfalls eingeladenen Abgeordneten Singer, welcher mehr wie er berufen sei, in einer Kaufmannsversammlung zu sprechen, leider aber durch die Kommunalwahlbewegung abgehalten sei, zu erscheinen. Lebhaft ergriffen sei er durch die bereite Schilderung, welche der Referent von der Nothlage der Handlungsgehilfen gegeben und sprach seine höchste Befriedigung aus über die Darlegung des Arbeiterschutzgesetzes durch den Vortragenden. Sodann näher auf die kaufmännischen Verhältnisse eingehend, zeigte er, wie sich die soziale Position der Handlungsgehilfen gegen früher gänzlich verändert habe. Um sich selbstständig zu machen, komme es heute nicht mehr auf die Kenntnisse, sondern auf die Mittel an, über welche man verfüge. Die Herrschaft des Kapitalismus trete auch im Kaufmannstande in schroffer Weise hervor. Der Großkaufmann würde den kleinen Kaufmann, dieser wieder den Handlungsgehilfen und doch in Folge dessen dieser letztere am schlechtesten daran sei, sei erklärlich. Wenn daher der Schwache und Gedrückte die Hilfe der Gesetzgebung anrufe, so sei dies nur recht und billig. Zu bedauern sei, daß gerade die am schlechtesten und die am besten Situirten der Bewegung fern gelieben seien. Die Arbeiter hätten der Thatfache, daß man anfange, ihnen Aufmerksamkeit zuzuwenden, nur dem Umstande zu verdanken, daß sie sich organisierten und in politischer Beziehung ihren Wünschen Geltung zu verschaffen suchten. Die sozialdemokratische Partei habe sich bereits im vorigen Jahre den Schutz des gesamten Hilfspersonals besonders anzuwenden sein lassen, ob gewerblich oder kaufmännisch. Es seien dabei keine lokalen, sondern nur allgemeine Verhältnisse Berücksichtigung finden, weshalb auch eine fünfstündige Sonntagsarbeit für Handlungsgehilfen vorgezogen sei, doch wolle er die Hoffnung, daß diese durch die Sitte schließlich noch eine Einschränkung erfahren werde. Wenn dem Arbeiterschutzgesetz seitens der Handlungsgehilfen eben solche Sympathien entgegengebracht würden, wie von Seiten der Arbeiter, was in Arbeiterkreisen freudig begrüßt werden würde, so sei zu hoffen, daß der Entwurf diesmal mehr Glück, als im vorigen Jahre haben werde und wenigstens einige Theile des Gesetzes zum Gesetz erhoben würden. Mit warmen Worten wolle er sich dem Wunsche des Referenten an, daß ein solcher schöner Frühling auch für die Handlungsgehilfen andauern möge. Nicht enden wollender Beifall folgte den Ausführungen des Redners. Nach ihm sprach Abg. Dr. Gortmann. Derselbe wies darauf hin, daß noch niemals das Reich den: „Schutz dem Schwachen“ zu gewähren, so scharf hervorgetreten sei, wie gerade in der jetzigen Zeit und gab hervor, seinen größten Erstaunen über das Gehörte auszusprechen, offen eingestehend, daß er nicht geglaubt habe, daß es so schlimm bestellt sei mit den Handlungsgehilfen, insbesondere aber der meist üblichen eintägigen Kündigungsklausel. Man habe bisher nicht darauf geachtet, weil man sich auf das Handelsbuch verließ, welches die Verhältnisse seit einem Vierteljahrhundert regelte, ohne zu bedenken, daß die Verhältnisse sich geändert hätten. Dazu komme, daß die Handlungsgehilfen so lange geschwiegen hätten. Alljährlich kämen tausende von Petitionen an den Reichstag, es dauere daher häufig lange, bevor

eine Berücksichtigung fände. Dasselbe müßte daher immer wiederholt werden. Jedenfalls werde er das Gehörte nicht unbenutzt lassen und das Seinige thun, um an maßgebender Stelle die Aufmerksamkeit auf die Lage der Handlungsgehilfen zu lenken und schloß mit den Worten: „Ich danke Ihnen, daß Sie mir Gelegenheit gegeben haben, einige Stunden in Ihrer Mitte zu verweilen und ich scheide von Ihnen als — Ihr Bundesgenosse“. Wenn sich auch einige Zweifel gegen diese Forderungen erhoben, so wurde ihnen doch die freudigste Anerkennung nicht versagt. Herr Rosenthal gab anschließend hieran dem Wunsche lebhaften Ausdruck, daß die Reichstagsabgeordneten öfters Versammlungen beizubehalten, indem dadurch Viele anderer Meinung werden würden. Namentlich bedauerte er, daß die Herren Löwe und Baumbach, welche, ohne an den Kommissionsberatungen über die Sonntagsruhe Theil genommen zu haben, doch ohne Weiteres gegen die Sonntagsruhe gestimmt hätten, nicht erschienen seien und versicherte, daß die Handlungsgehilfen so lange die Gesetzgebung um Schutz anrufen würden, bis sie Gehör fänden. Einen stürmischen Protest der Versammlung riefen die Angriffe eines Herrn Rosner auf den Abg. Kayser hervor. Besagter Herr geruhte zwar, dankbar anzuerkennen, daß Herr Kayser sich in so hochherziger Weise der Handlungsgehilfen annehme, fühlte sich aber berufen, Verwahrung dagegen einzulegen, daß Herr Kayser veruche, die Handlungsgehilfen ins Schlepptau der Sozialdemokratie zu nehmen. In würdiger und gebührender Weise führte Herr Kayser den Herrn Rosner ab, worauf folgende Resolution einstimmig zur Annahme gelangte: „Die heutige Versammlung der Handlungsgehilfen erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Sie steht voll und ganz auf dem Boden des Arbeiterschutz-Gesetzes und wünscht, daß derselbe zum Gesetz erhoben werde.“ Die Reorganisation des Unterstützungsvereins der Buchbinder scheint schon jetzt gute Früchte zu tragen, da jede Branche ihre Lage und Verhältnisse besser diskutieren und nöthigenfalls den Hebel an der richtigen Stelle ansetzen kann. So fangen jetzt die Kartonnarbeiter an, sich sehr lebhaft für die Organisation zu interessieren, und ist zur weiteren Diskussion der Beschluß der Buchbinder-Innung, betreffend den Lohnzuschlag der Ueberzeit und Sonntagsarbeit, zu der auf Montag, den 25. d. M., in Ebersbach's Restaurant, Blumenstraße 56, stattfindenden Versammlung sämtlicher Karton- und Kartonnarbeiter auf die Tagesordnung gesetzt. Daß dies eine in die Lohnverhältnisse tief einschneidende Frage ist, weil für Ueberzeitarbeit 25 pCt. und für Sonntagsarbeit 33 1/2 pCt. gezahlt werden soll, so ist eine gut besuchte Versammlung zu erwarten. Den Vertrauensmännern ist es zur Pflicht gemacht, für eine rege Theilnahme Sorge zu tragen. Zu erwähnen ist noch, daß die Innungsmeister diese Forderung des Unterstützungsvereins für gerecht befunden und anstandslos bewilligt haben. Verein zur Wahrung der Interessen der Risten- und Koffermacher. Montag, den 30. November, Abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20, außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Vorlage, betr. das neue Statut. 2. Lohnarbitrage. 3. Verschiedenes und Fragekasten.

Die Lederarbeiter Berlins (sowohl die in wie außer dem Hause beschäftigten Kollegen) werden von der Kommission zu einer am Montag, Abends 8 1/2 Uhr, Kottbuserstr. 2, stattfindenden Versammlung eingeladen. Die Tagesordnung bildet die Besprechung eines praktisch durchführbaren, zeitgemäßen Themas. Alle Lederarbeiter sind eingeladen, zahlreich zu erscheinen, damit endlich einmal der Anfang gemacht werden kann, die seit Jahren eingetragenen Uebelstände in unserem Gewerbe zu beseitigen. Verein der Parquetbodenleger. Montag, den 30. November, Abends 8 1/2 Uhr im Lokale des Herrn Pieper, Mauerstraße 86, Vereinsversammlung. Gäste haben Zutritt, neue Mitglieder werden aufgenommen. Öffentliche Versammlung der Arbeiter (Schlichter) auf anst. geachtete Solaleisten. Montag, den 30. November, Abends 8 1/2 Uhr, im Weiß's Lokal, Alexanderstr. 31. Tagesordnung: 1. Besprechung über die Arbeitsverhältnisse in unserer Branche und Wahl einer Lohnkommission. Im Verein der Modellstecher, Kaserstr. 63, hält Montag, Abends 8 Uhr, der Ingenieur Herr Wolfersberg seinen zweiten Vortrag über Kraftmaschinen. Gäste willkommen. Fachverein der Metallarbeiter in Gas, Wasser- und Dampf-Armaturen. Montag, den 30. November, Abends 8 Uhr, im Restaurant Seefeldt, Grenadierstr. 33, außerordentliche General-Versammlung. Tagesordnung: 1) Zweck und Ziele der Fachvereine. Referent: Herr Gottfried Schulz. 2) Wahl eines Revisors. 3) Bestätigung der Fachkommission. 4) Regelung des Arbeitsnachweises. 5) Verschiedenes. Verein zur Wahrung der materiellen Interessen der Fabrik- und Handarbeiter. Versammlung am Dienstag, den 1. Dezember, Köpcke's Lokal, 150-151. Tagesordnung: 1. Monatsbericht. 2. Abrechnung vom Stiftungsfest. 3. Vortrag über Fachorganisation. 4. Verschiedenes. Gäste sind willkommen. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Die Mitglie derten zur Nachricht, daß diejenigen, welche mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, dieselben außer in den Vereinsversammlungen, auch beim Kassirer Herrn Degner, Pflaferstraße 9, Hof 2 Treppen, entrichten können und zwar Sonntags von Vormittags 9 bis Nachmittags 4 Uhr. Auch werden dort neue Mitglieder aufgenommen. Fachverein der Tischler. Montag, den 30. November, Abends 8 1/2 Uhr, in Rothacker's Lokal, Belle-Alliancestraße 5, Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Michelsen über: „Die Bestrebungen der Arbeiterorganisationen in alter und neuer Zeit. 2. Werkstattegelegenheiten und Verschiedenes. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Gäste willkommen. Gewerkschaft der Metallarbeiter Berlins und Umgegend. Sonntag, den 29. November, Vormittags 10 1/2 Uhr, große Generalversammlung sämtlicher Metallarbeiter im „Balmensaal“, Neue Schönhauserstraße 20. Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Verschiedenes. Männergesangsverein „Schneeglöckchen“. Jeden Montag Abend von 9-11 Uhr im Restaurant Krone, Raunynstr. Nr. 78: Uebungsstunden.

Arb.-Bez.-Verein f. d. Osten Berlins.
Dienstag, den 1. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr.
Versammlung
in Keller's Lokal, Andreasstraße Nr. 21.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: „Vereinswesen“. 2. Diskussion. 3. Wünsche auf die Kommunal-Wahl. 4. Verschiedenes. 5. Angelegenheiten.
Neue Mitglieder werden aufgenommen. — Gäste haben Zutritt. — In dieser Versammlung gelangt der Vereinskalender für 1886 zur Ausgabe; derselbe wird jedoch nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte verabfolgt. — Die Mitglieder werden dringend ersucht, Wohnungsveränderungen dem Kassirer zu melden.
Nächster Termin zur Ablieferung d. Petitionslisten.
Der Vorstand.

Große öffentliche Volksversammlung
Dienstag, den 1. Dezember, Abends 8 Uhr.
Konienstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstraße 37.
Tages-Ordnung:
1. Was will denn der neu gegründete Verein für Volksbildung?
2. Diskussion.
Die Begründer des Vereins sind hiermit eingeladen.
Der Einberufer.

Die Versammlung der Plabdeputirten der Zimmerleute Berlins und Umgegend
Inhalt am Dienstag, den 1. Dezember, Abends 8 Uhr, in Grätweil's Bierhallen, Kommandantenstr. 77/79.
Bitte von jedem Plab einen Deputirten dahin zu senden.
Die Lohnkommission.
S. A.: S. Seigt, Schönholzerstr. 10a.

Fachverein der Metallarbeiter in Gas-, Wasser- u. Dampf-Armaturen.
Außerordentliche **General-Versammlung**
am Montag, den 30. November, Abends 8 Uhr, im Restaurant Seefeldt, Grenadierstr. 33.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Herrn Gottfried Schulz über: Zweck und Ziele der Fachvereine. 2. Wahl eines Revisors. 3. Bestätigung der Fachkommission. 4. Regelung des Arbeitsnachweises. 5. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Verein der Parquetbodenleger.
Montag, den 30. November, Abends 8 Uhr:
Versammlung
in Pieper's Salon, Mauerstr. 86.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag.
2. Diskussion.
3. Ausgabe der neuen Statuten.
4. Anmeldung der Kinder zur Weihnachtsbescherung.
Gäste sind willkommen.
Der Vorstand.

General-Versammlung
des **Vereins zur Wahrung der Interessen der Tapezierer**
Montag, den 30. Novbr., Abends pr. 1/2 9 Uhr, in Grätweil's Bierhallen, Kommandantenstraße 77/79.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen Sander über den Deutschen Tapezierbund.
2. Vereins-Angelegenheiten.
Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder wird gebeten.

Arb.-Bez.-Verein „Unverzagt“
im 5. Wahlkreis.
Montag, den 30. November, im Lokal des Herrn Ruschold, Landsbergerstraße 31.
Tagesordnung:
1. Was lehrt uns der Ausfall der letzten Stadtverordneten-Wahl. Referent: Herr Stadtverordneter Fris Görtel.
2. Diskussion. 3. Wahl eines 2. Schriftführers. 4. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht.
Der Vorstand.

Am Montag, den 30. d. M., Abends 8 1/2 Uhr,
Versammlung
der Kartonnarbeiter, Blumenstraße 56.
Tages-Ordnung:
1. Welche Arbeitgeber haben den Zuschlag für Ueberzeiterabendarbeit bezahlt und wie verhalten wir uns gegen die Nichtzahlenden.
2. Verschiedenes.
Die Versammlung der Vertrauensmänner des Unterstützungsvereins der Buchbinder findet am 9. Dezember Blumenstraße 56 statt.

Bezirksverein des werktätigen Volkes der Schönhauser Vorstadt.
Dienstag, den 1. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, in Silber's Salon, Schwedterstraße 23.
Versammlung.
Tagesordnung: Vortrag des Herrn Dr. Gerlach über: Schiller's „Kabale und Liebe“. Verschiedenes. Fragekasten. Gäste willkommen. Neue Mitglieder werden aufgenommen.
Am Montag, den 30. Novemb., Abends 8 1/2 Uhr,
Versammlung
der Lederarbeiter
in Richter's Salon, Kottbuserstrasse No. 2.
Näheres Buchbinderzeitung.

Achtung! (Kein Laden.) 25 Cigarren 1 M. Garantie rein amerikanischer Tabak. Nur eigene Fabrikation.
H. F. Dinslage,
113 Kottbuserstraße 4, Hof part.

Restaurant zur ersten Pommerischen Küche,
Oranien-Strasse 50. [114]
Kräftiger Mittagstisch mit Bier 50 Pf. Abendstisch, große Auswahl, von 30 Pf. an, bis Abends 11 Uhr. F. Grunow.

Die Schleifanstalt von A. Brown,
Reichenbergerstr. 174, an der Dresdenerstr., empfiehlt ihr Lager von echten Henschel'schen Stahlwaaren, Schlittschuhen, Haus- u. Küchengeräthen etc. — Wegen Aufgabe des Spielwaaren Geschäftes verkaufe die noch vorräthigen Waaren zu billigen Preisen. [115]
Hierdurch zeige ich ergebenst an, daß ich mein **Schulden-Einziehungs-Bureau** nach der **Zimmer-Strasse No. 79, Berlin SW.** verlegt habe. Ich bemerke, daß ich auch, wie bisher, Statuten für Hülfsklassen u. dgl. entwerfe resp. umarbeite.
Berthold Sparr.

Cigarren und Tabake,
Pfeifen and Cigarren-Spizen in größter Auswahl.
M. Meyer,
Koppenstraße 66, zweites Haus vom Grünen Weg.
Jede Art Buchbinderarbeit 53
wird angefertigt bei R. Kohlhardt, Brandenburgerstraße 56, Buchbinder, Mitglied des Arbeiter-Bezirksvereins „Vorwärts“.
Alexandrinenstr. 118a, Hof geradezu 2 Tr. I., sep. möbl. Zimmer f. Herrn od. anständige Dame. [92]
Schlafst. m. sep. Eing. v. L. Schulz, Adalbertstr. 4, Hof 4 Tr. I. [93]
I möbl. Schlafst. mit bill. Gitchinerstr. 79, Hof r. III. b. Bagel. [87]
Saub. Schlafst. Reichenbergerstr. 167, 2 Tr., am Thor. Frenke. [48]
E. fr. Schlafst. ist zu vermieten Reichenbergerstr. 33, Hof II. I. [90]
1 f. d. Schlafst. f. g. v. Anklamerstr. 16, Hof I. III. b. Areremi. [91]
1 Schlafst. a. l. Hof f. 6 Mt. v. Waldemarstr. 39, v. 4 Tr. [94]
1 f. d. Schlafst. m. sep. Eing. Solmsstr. 38, Hof 3 Tr. r. [76]
Noch f. 1 Herrn f. d. Logis (Schlafst.) Adalbertstr. 84, 3 Tr. I. [77]

Arbeitsmarkt.
Vergolder a. Pfeifen verl. Schmidt, Reichenbergerstr. 114. [70]
Ein Mädchen sucht Wasch- und Reinmachestellen. Zu erfragen Schlegelstr. 3, Quergeb. r. i. Kell. b. Rosemann. [81]
Verein der Bau-Anschläger.
Der unentgeltliche Arbeitsnachweis befindet sich Sebastianstr. 50 bei Opay. [16]
Der unentgeltliche Arbeitsnachweis der Klavierarbeiter befindet sich Skalitzerstraße 18 bei Stramm.

en gros. **Cigarren- u. Tabak-Handlung** en détail.
Fritz Goercki
Berlin SO., Admiralstraße 40 (frühere „Linde.“)
Import echter Havanna, Lager aller Sorten Rauch- und Seemannstabaks. Reich assortirtes Lager sehr türkischer, russischer und amerikanischer Cigarren und Tabak. Erst Nordhäuser Rauchtabak.

